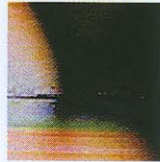


Paris, 14. und 15. Oktober 2005



“Was ist ein **Europäer?**”



# **Deutsch-französisches Forum 2005**

## **“Was ist ein Europäer”**

**Paris, 14. und 15. Oktober 2005**

**Friedrich-Ebert-Stiftung  
Jean-Jaurès-Stiftung**

## Einführung

**Ghislaine Toutain, Leiterin der Abteilung Außenbeziehungen der Jean-Jaurès-Stiftung  
Winfried Veit, Leiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Vertreter aus der deutschen und französischen Zivilgesellschaft und Politik trafen sich auf dem siebten Deutsch-Französischen Forum am 14. und 15. Oktober 2005 in Paris, um über das Thema "Was ist ein Europäer?" zu diskutieren. Sie setzten damit eine 1998 von der deutschen und französischen Regierung gemeinsam ins Leben gerufene Initiative fort, die seitdem von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Fondation Jean-Jaurès durchgeführt wird.

Das Forum soll einerseits dem deutsch-französischen Dialog neue inhaltliche Impulse verleihen, Zukunftsthemen aufgreifen und wesentliche Veränderungen im gemeinsamen Europa nachvollziehen. Gleichzeitig ist es auch das Ziel, neue zivilgesellschaftliche Netzwerke zwischen Deutschland und Frankreich zu knüpfen. Und gerade weil der Dialog zwischen Deutschland und Frankreich oftmals als selbstverständlich wahrgenommen wird, soll er mit Hilfe des deutsch-französischen Forums immer wieder erneuert werden. Bei den vergangenen Foren wurden hauptsächlich Wissenschafts- und Umweltthemen behandelt.

Das deutsch-französische Forum 2005 entfaltete sich in einem seit seiner Gründung nie dagewesenen politischen Kontext. In der Tat schufen das französische "Nein" zur Ratifikation des europäischen Verfassungsvertrags am 29. Mai, gefolgt vom niederländischen "Nein" drei Tage später, sowie der Regierungswechsel in Deutschland eine außergewöhnliche Situation nicht nur in Frankreich und Deutschland, sondern der gesamten Europäischen Union. Das Forum 2005 setzt die im Oktober 2004 in Berlin auf der sechsten Sitzung aufgeworfene Fragestellung nach den "gesellschaftlichen Veränderungen und den Werten Europas" fort, um zusammenfassend eine Antwort auf die Frage zu geben: "was ist ein Europäer?". Das Forum behandelt zuallererst die Veränderungen der deutschen und der französischen Gesellschaft, die – im Gegensatz zu den vergleichbaren Mitgliedsstaaten, die in der Lage waren, die Arbeitslosigkeit im Laufe der letzten Jahre auf signifikante Weise zu senken und die über ein solides Wachstum verfügen – von einer massiven und dauerhaften Arbeitslosigkeit und von einem schwachen Wachstum geplagt werden. Es diskutiert schließlich die Aufgabe der europäischen Sozialdemokratie, die als einzige in der Lage ist, dem europäischen Gedanken wieder einen neuen Sinn zu geben und die erreichen kann, daß die europäische Idee wieder von den Europäern geteilt wird.

Die Broschüre zeichnet die wesentlichen Debatten des Forums zusammenfassend auf. Wir wollen damit insbesondere auch die in den Arbeitsgruppen des Forums erarbeiteten Ergebnisse einem weiteren Kreis von Interessenten zur Kenntnis bringen.



# Eröffnung

## Pierre Mauroy, ehemaliger Premierminister, Präsident der Fondation Jean-Jaurès

Zunächst möchte ich meine Freude über den Fortbestand dieser Veranstaltung äußern. Wer hätte 1999 anlässlich des ersten Forums gesagt, daß unsere beiden Stiftungen und deren Leiter dieses Treffen zu einem für die Zukunft unserer beiden Länder und der europäischen Einigung entscheidenden Thema, auf dem jedes Jahr Vertreter der Zivilgesellschaft aus den verschiedensten Bereichen mit politischen Verantwortungsträgern zusammenkommen, auch sieben Jahre später noch mit der gleichen Begeisterung betreiben würden ?

Ich folgere daraus zwei Dinge : Zum einen die gute Übereinstimmung zwischen unseren Stiftungen, die beide gewillt sind, die gedanklich-analytische Auseinandersetzung mit den großen Gegenwartsproblemen und deren Betrachtung aus der Warte des sozialistischen und sozialdemokratischen Denkens weiter zu bringen. Zum anderen stelle ich fest, daß das deutsch-französische Verhältnis trotz aller Wechselfälle des politischen Lebens nach wie vor ausgesprochen lebendig ist – und genauso auch unser gemeinsames Bemühen um die Fortführung des europäischen Einigungsprozesses, der seit Beginn dieses in der Geschichte einzigartigen Abenteuers vor bald fünfzig Jahren von unseren beiden Ländern maßgeblich vorangetrieben wurde.

So findet unser diesjähriges Forum auch in einem ganz besonderen Kontext statt. Natürlich knüpft es an die letzten in Berlin angestellten Überlegungen zu den "gesellschaftlichen Veränderungen Europas" an und stellt die mir jetzt, zu Beginn eines neuen Kapitels in der Geschichte der Union, höchst relevant erscheinende Frage : "Was bedeutet es heute, Europäer zu sein ?"

Darüber hinaus werden jedoch zwei mit wenigen Monaten Abstand eingetretene Ereignisse der jüngsten Vergangenheit berücksichtigt, die für die Zukunft unserer beiden Länder wie auch der Europäischen Union ganz wesentlich sind, nämlich :

- die Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags in Frankreich – die ich bedaure und nach der weder ein "Plan B" noch eine Neuverhandlung folgte ; dieses Nein hat Zweifel in der Europäischen Union geweckt und sie, fürchte ich, auf lange Sicht geschwächt.
- die Bundestagswahl im September mit ihrem unerwarteten und unklaren Ergebnis. Die SPD hat diese Wahl – insbesondere wegen der Linkspartei – zwar nicht gewonnen, hat aber weniger verloren als in den Meinungsumfragen angekündigt. SPD und CDU haben beide praktisch gleich abgeschnitten und nun eine von der christdemokratischen Kandidatin Angela Merkel geführte "Große Koalition" gebildet, der auch eine erhebliche Zahl sozialdemokratischer Minister angehören – eine in Frankreich ganz und gar undenkbar Konstellation, die es auch in Deutschland auf dieser Ebene seit dem Krieg nur einmal gegeben hat.

Die so entstandenen neuen Gegebenheiten sind für uns Veranlassung, die effektive Bedeutung dieses Urnengangs eingehender zu erfassen und die Folgen dieser Veränderung für Deutschland, die Union und das deutsch-französische Verhältnis zu analysieren.

Ein Schwerpunktthema des diesjährigen Forums ist daher konsequenterweise die bei den beiden Abstimmungen zu Tage getretene "Krise der deutschen und der französischen Gesellschaft". Ich bin in der Tat der Auffassung, daß unsere beiden Länder trotz aller Unterschiede heute eine Zeit der Ungewißheit und der Sorge über die Zukunft durchleben. Mehr als vergleichbare andere EU-Staaten sind sie mit dauerhafter Massenarbeitslosigkeit (Frankreich 9,7 %, Deutschland 11 %), schwachem Wachstum (unter 2 %), einer stagnierenden Kaufkraft, unzureichenden Investitionen, einem angeschlagenen Sozialsystem, Standortverlagerungen und der Infragestellung des Integrationsmodells für Zuwanderer konfrontiert.

In Frankreich wie jetzt auch in Deutschland, aber nicht nur dort, sehen sich die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der Konkurrenz radikaler linker Parteien ausgesetzt, die ihnen einen Teil ihrer Wählerschaft abspenstig machen ; Grund dafür ist die Sorge der Menschen über die Probleme und den Reformbedarf des Wohlfahrtsstaates sowie die Konsequenzen der Globalisierung. Diese Streuung der Wählerstimmen im linken Lager hat zur Folge, daß die Rechte sich halten kann bzw. wieder an die Macht kommt wie 2002 in Frankreich und nun in Deutschland. Wir müssen alles tun, damit dies 2007 in Frankreich nicht erneut der Fall ist !

In beiden Ländern wird schließlich auch das Verhältnis der Bürger zu Europa immer schwieriger. Dies zeigen die spektakulären Ergebnisse einer von SOFRES im Auftrag von ARTE durchgeführten Meinungsumfrage, die letzte Woche in der Tageszeitung Le Monde veröffentlicht wurden. Demnach ist die "Europhobie" bei den Franzosen heute am stärksten ausgeprägt, und eine relative Mehrheit der Bürger – vor allem unter den Arbeitern – meint, wegen Europa weniger gut zu

leben. Generell hinterfragen die Europäer heute offenbar den Sinn des Projekts Europa. Sie erkennen ihm nicht mehr die gleiche Legitimität zu wie noch vor ein paar Jahren, und dies gilt – allerdings mit einigen nennenswerten Ausnahmen wie z.B. Spanien – selbst für die Völker, die der Union erst seit kurzem angehören.

Deshalb ist dringend geboten, wie Sie dies nachher tun werden, die Situation der europäischen Sozialdemokratie in einem heute von der Rechten beherrschten Europa ernsthaft zu analysieren und zu überlegen, in wie weit sie in der Lage ist, ein neues Projekt zu entwerfen, das die europäischen Bürger wieder mit diesem großen Gebilde, dem sie angehören, zu versöhnen vermag. Wir müssen sie davon überzeugen, daß die europäische Einigung weiterhin das große, die Menschen mobilisierende Projekt des beginnenden Jahrhunderts darstellt, die Voraussetzung für Wohlstand, Sicherheit und Frieden auf unserem Kontinent.

In allen Funktionen, die ich während meines Lebens ausgeübt habe, waren der Sozialismus und Europa immer miteinander verbunden und standen stets im Mittelpunkt meines Handelns. Europäer sein, heißt in meinen Augen, für die Werte Demokratie, Freiheit und wirtschaftlichen Fortschritt in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte einzutreten. Es bedeutet aber auch einen hohen sozialen Schutz für die Bürger und eine adäquate Kontrolle der Marktgesetze. In einer Welt wie der heutigen obliegt es der historischen Verantwortung der europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten, sich gemeinsam für ein großes Projekt zu engagieren, das den europäischen Bürgern eine bessere Zukunft eröffnet ; der alle Möglichkeiten ausschöpfende "socialisme du possible", ein hoffnungsvoller, aber realistischer Sozialismus ohne Demagogie noch Populismus (sei es auch von links) läßt dies zu.

Mögen unsere Debatten dazu beitragen und auch den französischen Sozialisten nützlich sein, die in einem ebenfalls ganz spezifischen Kontext derzeit ihren Kongreß vorbereiten.



## **Christine Bergmann, Bundesministerin a.D., Mitglied des Vorstands der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Das siebte deutsch-französische Forum findet in einem Jahr statt, das in beiden Ländern von durchaus überraschenden Ereignissen geprägt ist : in erster Linie natürlich von der Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich, aber auch wir in Deutschland haben mit der Wahl einer neuen Regierung ein gerüttelt Maß an unerwarteten Aufgaben in diesem Jahr zu erledigen gehabt. Das hat uns alle sehr gebunden, so daß Deutschland und Frankreich ihre Rolle als Motor des EU-Prozesses 2 005 mit Sicherheit nicht wahrgenommen haben. Dabei müßten wir längst mit aller Kraft an einer neuen Strategie für die Verfassung arbeiten, denn wir wissen, wie wichtig sie für die sozialen Rechte ist, aber auch für das Funktionieren eines solchen großen Gebildes, wie es die Europäische Union inzwischen darstellt.

Was können also die zentralen Fragestellungen eines Forums sein, das dem deutsch-französischen Dialog Europas gewidmet ist ? Bzw. welche Beiträge können Deutschland und Frankreich dennoch leisten, um Europa wieder aus der sogenannten Vertrauenskrise zu führen ?

Ich glaube, dazu müssen wir genau hinschauen, worin die Krisen der deutsch-französischen Gesellschaft bestehen. Wir haben ähnliche wirtschaftliche Probleme, eine relativ hohe Arbeitslosigkeit, in Deutschland sogar noch höher, insbesondere in Ostdeutschland nicht mehr zu tolerierend. Beide Länder leiden unter geringem Wachstum und kennen die Probleme, die sich aus der demographischen Veränderung ergeben. Davon ist Frankreich mit seiner höheren Geburtenrate noch nicht ganz so betroffen wie Deutschland, aber auch hier wirkt sich dies natürlich in großem Umfang auf die Sicherungssysteme aus. Im Rahmen des deutschen Wahlkampfes haben wir gesehen, wie leicht sich auch steuerpolitische Vorstellungen, die als unsozial eingestuft werden, auf das Wahlergebnis auswirken können. Und ich denke, Vergleichbares gilt für Frankreich, wo die Debatte um den Verfassungsvertrag sowohl bei Teilen der Linken, als auch auf der Rechten nachweislich – und leider erfolgreich – von der angeblichen Bedrohung durch den Neoliberalismus dominiert war. In beiden Fällen zeigt sich, daß gegen Befürchtungen seitens der Bevölkerung keine Politik zu machen ist.



Die Frage, was wir alle von Europa erwarten, ist eine Frage, die wir uns nicht erst seit heute stellen, die uns aber aufgrund der Ereignisse dieses Jahres noch sehr viel stärker bewegen muß. Da reicht es auch nicht, daß wir jetzt eine Kommissarin für Kommunikation haben, sondern die Zivilgesellschaft als Ganzes sollte sich fragen, wie transparent die Prozesse in Brüssel sind, was die Europäische Union über eine Wirtschaftsgemeinschaft hinaus sein will, wie unser politisches Bezugssystem aussieht ? Es klingt vielleicht ein bißchen pathetisch, immer wieder zu betonen, daß wir Europa eine Seele geben müssen, aber ich glaube, genau das ist es – die Frage nach der gefühlsmäßigen Bindung an die Europäische Union.

Daß diese noch nicht vorhanden ist, wird allenthalben bereitwillig zugegeben und auch kritisiert. Wir sollten aber weiterkommen, also stärker überlegen, wie man denn ein europäisches Wir-Gefühl schaffen, wie man eine europäische Identität, die wir uns alle wünschen, doch ein Stück weit vorantreiben könnte. Das wird einen Teil unserer Debatten heute und morgen ausmachen. Und ich denke, daß unsere Erfahrungen in Deutschland hier nicht ganz unwichtig sind. Der Prozeß der deutschen Einheit ist ja noch nicht abgeschlossen und wir haben die Erfahrung gemacht, wie schwierig es ist – insbesondere für meine Generation –, ausgehend von einer westdeutschen und einer ostdeutschen Herkunft zu einer gesamt-deutschen Identität zu kommen. Wie schafft man das alleine schon in einer gemeinsamen Nation? Umso schwieriger wird es dann natürlich auf europäischer Ebene. Dabei will niemand die nationalen Identitäten in Frage stellen, aber trotzdem, denke ich, muß es uns gelingen, zusätzlich – also nicht an Stelle, sondern daneben – auch ein Stück europäische Identität zu schaffen.

Neben der grundsätzlichen Diskussion um die gemeinsamen Werte der Union und der Frage, ob z.B. die christlichen Wurzeln Europas entscheidend für eine Aufnahme in die EU sein sollten oder eben nicht, tritt beim Thema Erweiterung auch die Furcht vor einem Auseinanderdriften der Gemeinschaft zu Tage, wenn auch in jeweils unterschiedlichen Ausprägungen. Das Gefühl der Menschen, daß Europa für sie finanzielle Belastungen bringt, ist eines, das in den reicheren oder den alten europäischen Mitgliedstaaten eher vertreten ist, während bei den anderen die Hoffnung überwiegt, daß Europa ihnen helfen wird, schneller mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung voranzukommen. Das Thema der Verteilungskämpfe tauchte auch beim Finanzgipfel wieder auf, der gescheitert ist, weil man versuchte, zu viele Dinge unter einen Hut zu bringen: Die Europäische Union umfaßt jetzt eine größere Zahl an Mitgliedstaaten, diese wollen gefördert werden, es soll aber nicht mehr einbezahlt werden und man will auch an der Struktur am besten nichts ändern. Das kann natürlich nicht funktionieren. Hier muß also dringend ein Aufeinanderzugehen stattfinden, denn es muß jetzt entschieden werden, wie die EU-Programme im Jahr 2007 aussehen sollen.

Reichlich zu tun gibt es auch bei den nationalen Sicherungssystemen und der Frage, wie diese von der europäischen Gemeinschaft beeinflußt werden. Ich denke, daß das genau das Thema ist, wo wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gefordert sind, ein Europa zu gestalten, daß natürlich auf sozialen Werten beruht, auch wenn sich einiges verändern muß. Wir müssen klar machen, daß die Linkspartei keine Alternative ist, da ihr Programm finanziell nicht umsetzbar ist, daß es aber einen sozialdemokratischen Weg innerhalb Europas gibt, daß Zusammenhalt und Solidarität wichtig sind und wir uns auch bei den Verteilungsfragen nicht auseinanderdividieren lassen. Ich denke, daß der Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden als Anstoß genommen werden sollte, sich nun verstärkt über die Ausgestaltung des europäischen Sozialmodells oder eines europäischen Wohlfahrtsstaates Gedanken zu machen. Das ist nicht neu für uns, denn wir wissen, wir wollen kein Europa, das nur eine reine Freihandelszone ist. Und deswegen ist es auch zentrale Aufgabe Deutschlands und Frankreichs, die eigene Reformfähigkeit unter Beweis zu stellen und die gravierenden wirtschaftlichen wie sozialen Probleme erfolgreich in den Griff zu bekommen. Zum einen, um wieder genügend Ressourcen frei zu haben, um die erwähnte Rolle als Motor in Europa wahrnehmen zu können, zum anderen aber auch, um zu zeigen, in Frankreich und Deutschland schauen wir aufeinander: wie reagiert ihr auf die Veränderungen in den Sozialversicherungssystemen, was hat Erfolg, was hat keinen, wie groß ist der Widerstand? Wenn es uns gelingt, diese Reformen zum Erfolg zu führen, hat das natürlich auch eine Vorbildwirkung für Europa insgesamt und positive Beispiele werden immer gebraucht!

Ich hoffe, daß wir beim siebten deutsch-französischen Forum einen Ort haben, an dem sich Vertreter unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche – Politiker, Wissenschaftler, Journalisten, Philosophen, die Zivilgesellschaft – in einem fruchtbaren und tragfähigen Dialog über diese Themen austauschen, die ja alle miteinander in Verbindung stehen. Ich wünsche der Tagung viel Erfolg, und denke, es ist sehr wichtig, daß nunmehr wieder positive Signale ausgesendet werden. Ich danke ganz herzlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Friedrich-Ebert- und der Jean-Jaurès-Stiftung sowie allen, die sich bereiterklärt haben, hier mitzudiskutieren. Ich wünsche mir, daß wir ein Stück weiter kommen bei der Lösung der Frage "Was ist ein Europäer?", wobei ich auch die Europäerinnen nicht vergessen haben möchte.

## Erste Podiumsdiskussion

### Die Krise der deutschen und französischen Gesellschaft

**Teilnehmer : Christine Bergmann, Bundesministerin a.D., Mitglied des Vorstands der Friedrich-Ebert-Stiftung ; Nicole Bricq, Senatorin ; Janine Mossuz-Lavau, Politologin, CEVIPOF ; Hermann Schwengel, Soziologe, Professor an der Universität Freiburg ; Catherine Tasca, ehemalige Kulturministerin, Senatorin ; Xavier Timbeau, Wirtschaftswissenschaftler, Leiter des Planungsstabs der OFCE**  
**Moderation : Vivienne Radermacher, ARD Brüssel**

Die erste Podiumsdiskussion unter der Leitung von Vivienne Radermacher nahm die Situation in Deutschland als Ausgangspunkt für den Einstieg in das Thema. Die ehemalige Bundesministerin Christine Bergmann beschrieb als Vorsitzende des Ombudsrat Grundsicherung für Arbeitssuchende, dessen Aufgabe in der Begleitung der Arbeitsmarktreform liege, den aktuellen Stand der Erfahrungen mit Hartz IV. Danach sei die Reform – trotz anfänglich großer Widerstände und Auseinandersetzungen – mittlerweile weitestgehend akzeptiert und es bestehe nur noch an einzelnen Stellen Veränderungsbedarf. Allerdings habe Hartz IV sich nicht wie erhofft als Sparreform erwiesen.



Die französische Senatorin Nicole Bricq setzte beim Wandel der Weltwirtschaft an, der in seinen negativen Auswirkungen alle bisherigen Bezugs- und Orientierungspunkte in Frage stelle. Zugleich sei aber auch jedes Land aufgefordert, seine jeweiligen Stärken zu entdecken. So hob sie die außergewöhnliche deutsche Fähigkeit des Verhandeln und der Kompromißfindung hervor, die im Nachbarland häufig bewundert werde, da eine vergleichbare Tradition dort nicht existiere. In Frankreich seien es dagegen fundamentale Prinzipien wie Laizität oder die Grundwerte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die einen Bogen über die politischen Lager spannten und somit einen öffentlichen Konsens ermöglichten. Von außen sei deren vehemente Verteidigung in Anbetracht der Herausforderungen durch die Globalisierung jedoch oft nur schwer nachvollziehbar.

Daß aber auch Gesellschaften in dem Prozeß des globalen Wettbewerbs mitgenommen werden wollten, bestätigte der Freiburger Soziologieprofessor Hermann Schwengel. Die Ablehnung der Verfassung in Frankreich und den Niederlanden habe gezeigt, daß es nicht möglich sei, ein Europa der Individuen zu schaffen. Vielmehr müßten die Gesellschaften mit ihren historischen Erfahrungen, mit ihrer Art und Weise, Beziehungen zu organisieren und ihren ausgleichenden Regeln berücksichtigt werden. Nur ein Europa, daß sich als eine Gesellschaft von Gesellschaften begreife, habe eine



Zukunft. Nach den Negativvoten müsse zudem auf der Grundlage der harten sozialen Tatsachen diskutiert werden, denn "wer keine Antwort hat auf die Fragen zum Status der Arbeit in Europa, wird auch für Europa insgesamt keine Antwort finden."



Die französische Senatorin Catherine Tasca machte nach dem Scheitern der vorherrschenden ideologischen Modelle die zunehmende "Balkanisierung der Gesellschaften" mitverantwortlich für das Gefühl der Krise. Eine fragmentierte Gesellschaft, der übergreifende gemeinsame Projekte fehlten, könne sich selbst keine Zukunftsperspektive geben. Daher müsse dringend der europäische Verfassungsprozeß wieder vorangebracht werden. Auch die zunehmende soziale Undurchlässigkeit der Gesellschaft, die das Verhältnis der Generationen untereinander belaste, sowie die von Tasca so genannte "zweite Deindustrialisierung", also das Verschwinden ganzer Berufszweige, verlange nach neuen Formen der beruflichen bzw. gesellschaftlichen Eingliederung und stelle die Forschungs- und Bildungspolitik vor neue Fragen. Im übrigen sei das abnehmende Vertrauen in die Demokratie, gepaart mit einem den Massenmedien unterworfenen "kulturellen Konsumverhalten, kaum geeignet, tragfähige Vorstellungen für die Zukunft unserer Gesellschaft zu entwerfen.



Der Wirtschaftswissenschaftler Xavier Timbeau ging stärker auf die ökonomischen Faktoren der Krise ein und wies auf die Gefahr einer Fehldiagnose sowie eines Irrtums bei den beschrittenen Lösungswegen hin. Danach stelle eine Anpassung oder ein Bruch mit den bisherigen Sozialsystemen, die oft unter Verweis auf die fehlende globale Wettbewerbsfähigkeit gefordert würden, nicht den geeigneten Schritt dar. Die momentane Situation in Deutschland zeige beispielhaft, daß sich ungeachtet der erfolgreichen Durchführung von Reformen die wirtschaftliche Lage nicht verbessert habe und die soziale Ungleichheit weiter zunehme. Auch auf europäischer Ebene sei das Wirtschaftswachstum schon seit Jahren zu gering und die Euro-Zone habe keinerlei Erfolg bei der konjunkturellen Entwicklung vorzuweisen. Nationale Maßnahmen wie Lockerungen beim Kündigungsschutz befreiten zwar die Unternehmen von Verantwortung, da die Wirtschaft jedoch vom

privaten Konsum abhängig sei, führe das Gefühl mangelnder Sicherheit auf der Nachfrageseite nur zu einem Stabilitätsverlust des wirtschaftlichen und demokratischen Systems.



Auf die Tatsache, daß von der hohen Arbeitslosigkeit infolge der schlechten Wirtschaftslage immer noch mehr Frauen als Männer betroffen seien, wies die Politologin Janine Mossuz-Lavau hin. Obwohl in Frankreich eine bessere Infrastruktur zur Kinderbetreuung existiere als in anderen Ländern, könne man bei weitem nicht von idealen Verhältnissen in puncto Frauenerwerbstätigkeit sprechen. Auch blieben Frauen in politischen Entscheidungsgremien deutlich unterrepräsentiert : selbst das Paritäts-Gesetz mit finanziellen Sanktionen habe den Frauenanteil der französischen Nationalversammlung nur auf 12,3 % erhöht. Im deutschen Bundestag seien Frauen dagegen immerhin mit knapp einem Drittel der Abgeordneten vertreten. Christine Bergmann griff erneut die Frage der Kinderbetreuung auf und unterstrich, daß die Versorgung mit Betreuungseinrichtungen deshalb so wichtig sei, da die niedrige Geburtenrate ein gesamtgesellschaftliches Problem darstelle. Hermann Schwengel betonte ebenfalls, daß die Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben nicht mehr unter kulturellen Gesichtspunkten diskutiert werden dürfe, sondern ein Thema sei, das das Wirtschaftswachstum entwickelter Gesellschaften betreffe.



## Exkurs

### Die europäische Identität

Heinz Wismann, Philosoph

Die Frage nach der europäischen Identität mag dem Anschein nach eine abstrakte, theoretische, in gewisser Hinsicht spekulative Frage sein – in Wirklichkeit kommt ihr in dem Bemühen (welches weiter verbreitet ist, als häufig angenommen), sich als Europäer gegenüber den Weltangelegenheiten zu positionieren, eine zentrale Bedeutung zu. Wir alle hatten schon einmal die Gelegenheit oder sogar die Verpflichtung, über diese Frage nachzudenken ; andere vor uns haben sich darüber Gedanken gemacht, wieder andere werden sich bestimmt künftig damit beschäftigen. Auffallend dabei ist, daß die Antworten auf die Frage “Was ist die europäische Identität ?” sich nicht addieren lassen. Sie erscheinen teilweise sogar widersprüchlich. Eine Synthese daraus zu ziehen ist ganz und gar unmöglich. Die jüngst geführte Debatte über den eventuellen Beitritt der Türkei hat auch wieder einen bunten Strauß von Überlegungen zur europäischen Identität hervorgebracht, von dem sich keine klaren Vorstellungen ableiten lassen.

Vor einer Beantwortung der Frage erscheint es mir deshalb notwendig, sich mit deren Sinn auseinander zu setzen. Was bedeutet die Frage nach der europäischen Identität ? In einem ersten Schritt beim Herangehen an dieses Problem drängt sich meines Erachtens die Überlegung auf, daß die Frage in zweierlei Manier verstanden werden kann. Entweder geht man davon aus, daß die Frage bedeutet : “Was ist eigentlich Europa ?” In diesem Falle folgt dann gleich die Frage nach dem Wesen Europas. Nach seinem ureigentlichen Wesen. Und unser Blick versenkt sich in die Vergangenheit, man sucht nach den Wurzeln Europas, eine Art natürlichem Keim, der dazu führte, daß Europa sich über die Jahrhunderte bzw. sogar Jahrtausende hinweg so entwickelt hat. Diese Art und Weise, das Wesen Europas zu betrachten, hat eine, wie ich es nenne, “mißbräuchliche Substantialisierung” zur Folge ; denn es stimmt nicht, daß Europa seit dem griechischen Altertum über die Jahrhunderte hinweg als Wesenheit existiert habe. Das ist so ähnlich wie ein Wort, das hier und da auftaucht und im Laufe der Jahrhunderte ganz unterschiedliche Dinge bedeutet ; die Auffassung, es existiere so etwas wie ein Wesen Europas, ist einfach falsch.



Wenn man nicht fragen kann : “Was ist eigentlich Europa ?”, so muß man sich meines Erachtens fragen, was es tut. Damit verändert sich vollständig die Perspektive. “Was tut Europa ?”, also : wie sieht dynamische – und nicht die statische – Identität Europas aus ? Wie ist es entstanden ? Das ist etwas anderes als die Frage, was Europa ist. Schlägt man diese Richtung ein, so stellt man fest, daß

Europa als Trennungsgeste begonnen hat. Sie kennen alle den Gründungsmythos Europas : Europa, die Tochter eines kleinasiatischen Königs, wurde von Zeus in Gestalt eines Stieres nach Kreta entführt. Aus ihrer Verbindung gingen die ersten Europäer hervor. So zumindest stellten sich die alten Griechen die Sache vor, und auch Herodot beschreibt es so. Diese Trennung aus der Legende deutet hin auf ein generierendes Prinzip der europäischen Identitätsdynamik – nicht aber des “europäischen Wesens”. Europa befindet sich seit jeher in einem kontinuierlichen Trennungsprozeß : das griechische Verb *krino*, aus dem im Französischen die Wörter “critique” und “crise” entstanden sind, beschreibt hervorragend diesen Vorgang, durch den sich Europa von jeder anderen traditionellen oder auch modernen Entität, welche die Bezeichnung Volk oder Nation für sich beansprucht, unterscheidet.

Europa entsteht aus einer Trennungsgeste und führt diese Geste im Innern wie auch nach außen fort. Wobei es sich nicht nur um eine von Europa selbst angestrebte Trennung von seinen Nachbarn handelt – auch wenn man seit der frühen Hochantike immer wieder auf Versuche stößt, das was den Europäer, den Griechen, den Athener, im Vergleich zu einem Asiaten, einem persischen Satrapen, einem dieser Bürger eines monolithischen Gemeinwesens, ausmacht, besonders hervorzukehren. Herodot und nach ihm Thukydides entwickeln den Gedanken, die Besonderheit der Europäer – der Hellenen, wie sie sagen – bestehe darin, daß bei den Europäern eine interne Differenzierung zugelassen sei, die sie als Demokratie bezeichnen. Sie halten die Europäer für überlegen gegenüber den Völkern, von denen sie sich unterscheiden, da diese interne Differenzierung – ein kultureller Prozeß *par excellence*, aber auch ein politischer Prozeß – enorme Energien freisetze und dafür Sorge, daß die Europäer zwangsläufig den Sieg über die sie umgebenden monolithischen Mächte davontragen würden. Diese Überzeugung findet man in der europäischen Geschichtsschreibung immer wieder, von den Ursprüngen bis hin zum Verdrängungskampf gegen die Sowjetunion als monolithische Macht. Auch zu Asien steht Europa insofern im Gegensatz, als es seine Energien aus einer zugelassenen internen Differenzierung schöpft. Eine Konsequenz dieser internen Differenzierung wiederum ist die Selbstbekundung von nationalen, regionalen, ja sogar individuellen, geschlechtsspezifischen und sonstigen Unterschieden.

Die Besonderheit des europäischen Kulturprozesses besteht in dem allmählich erfolgenden Bruch mit dem Anspruch einer substantiellen, d.h. irreduktible Differenz. Es wurde allmählich zugestanden, daß die Differenzen Bestandteil eines Differenzials sind, welches als solches die Identität konstituiert. Die Identität ist nicht irgendeine substantielle, also irreduktible Realität, sondern vielmehr ein bestimmtes Verhältnis zwischen sich stabilisierenden Differenzen. Diese Theorie spielte eine zentrale Rolle in der geisteswissenschaftlichen Entwicklung in Europa seit Beginn des 19. Jahrhunderts, z.B. in der Linguistik. Für einen Sprachwissenschaftler wie Jakobson ist kein Phonem als solches identifizierbar. Was wir wahrnehmen, ist eine stabilisierte Differenz zwischen zwei Phonemen. Es existiert kein Phonem allein, sondern es sind immer zwei. Dieser Stabilisierungsprozeß ist von den Neurologen im Gehirn messbar. Wenn wir z.B. etwas Rotes sehen, sieht keiner von uns die Farbe Rot. Die Farbe Rot als solche existiert nicht. Was dagegen existiert, ist eine gewisse Stimulierungsdifferenz, die wir dank der Superrechner-Kapazität unseres Gehirns stabilisieren.

Ich meine damit folgendes : eine der Triebfedern des europäischen Denkens, sowohl wenn Europa über sich selbst als auch wenn es in irgendeiner Weise – wissenschaftlich, künstlerisch usw. – über die es umgebende Realität nachdenkt, besteht stets darin, bei der Wahrnehmung einer Abweichung, eines Spannungsverhältnisses, kurzum : einer Differenz anzusetzen. Die Überlegung, die Europäer seien nur insofern Europäer, als es ihnen gelingt, aus den – von ihnen stabilisierten – Differenzen so etwas wie eine übergeordnete Identität abzuleiten, erscheint durchaus plausibel. In diesem Fall ist das Verhältnis der Europäer zu den anderen Völkern und Zivilisationen der Welt aber nicht unter Bezugnahme auf ein bestimmtes Erbe zu definieren. Nicht das Europa der tausend Kathedralen ist China überlegen oder auch von China bedroht. Europa zeichnet sich vielmehr dadurch aus, daß es ständig im Werden begriffen ist ; daß es niemals dies oder das ist ; daß es in der Lage ist, das aus der Differenz entstehende enorme Potential zu mobilisieren.

Aus dieser Perspektive erscheint mir wesentlich, das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland nicht als Achse zu verstehen. Ein unglücklich gewählter Begriff, denn schließlich handelt es sich nicht um eine starre Beziehung, bei der beide Partner in einer unveränderlichen Position verharren. Das zuweilen anklingende Bedauern, wenn diese Achse einmal nicht funktioniert, ist unsinnig. Natürlich kann das Streben nach Einfluß auf die Weltangelegenheiten eine große Ambition darstellen. Doch auf die Weltangelegenheiten einwirken zu wollen, gleichzeitig aber jede Veränderung im Innenverhältnis zwischen den beiden Partnern abzulehnen, ist verderblich.

Möchte man das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland nicht als Achse bezeichnen, so drängt sich das Wort Antinomie auf, um bei der Metaphorik der Differenz und bei dem Gedanken der optimalen Nutzung der beiderseits zugelassenen, anerkannten und reflektierten Differenzen zu bleiben. Die große Schwierigkeit, mit der wir in diesem vielgestaltigen Europa

konfrontiert sind, liegt in der Tatsache, daß es uns nicht immer leicht fällt, uns von dem Bedürfnis, substantiell wir selbst zu sein, zu lösen, um über das nachzudenken, was uns eventuell fehlt, das aber nur anhand der von uns beachteten Unterschiede wahrnehmbar ist. Dieses hinterfragende Verhältnis, das uns dazu veranlaßt, unseren Blick auf die Verkörperung eines bei uns selbst empfundenen Mangels zu richten, ist die Grundessenz jeder Liebesgeschichte. Es gibt auf dieser Welt keine mächtigere Triebfeder als diese. Zu erkennen, daß wir das, was wir sind, in gewisser Weise nur im Verhältnis zu etwas sind, das von uns verschieden ist, und dieses Verhältnis nicht auf Ausgrenzung und ängstlicher Ablehnung aufzubauen, sondern aus diesem Verhältnis zwischen Unterschiedlichem etwas zu machen, das uns erhöht, uns gemeinsam auf eine höhere Bewußtseins- oder Willensebene gelangen läßt, ist nicht notwendigerweise ein intellektueller Vorgang, sondern kann durchaus affektiver Natur sein und an unseren Willen appellieren. Dies ist die Perspektive, die sich den Europäern bietet. Wenn die Europäer weiter verbissen nach einem unverrückbaren gemeinsamen Ursprung suchen, laufen sie Gefahr, vom Fortgang der Geschichte verschluckt zu werden. Ihre viele Jahrhunderte lang währende, immense Überlegenheit beruhte auf der Dynamik ihrer Identität, der Fähigkeit, sich zu verändern und aus ihrer Differenz Nutzen zu ziehen.

Man könnte nun aus diesem Blickwinkel eine eingehende Analyse der im Laufe der Geschichte geknüpften und bis heute bestehenden Beziehungen zwischen den Ländern und auch zwischen Regionen Europas in Angriff nehmen, die verdeutlicht, daß alles, was der eine für sich in Anspruch nimmt und in einer gewissen Verblendung vielleicht als unveräußerliches Gut betrachtet, im Grunde immer nur das Gegenstück zu etwas ist, das ihm fehlt, die Kehrseite dessen, was möglicherweise ein anderer für sich beansprucht. Solange beide dieses für sich in Anspruch nehmen und dabei gewissermaßen in einer "leidlosen" Identität erstarren, bleibt dieses immense Potenzial ungenutzt. Sobald man jedoch beginnt, darüber nachzudenken, wie ein Engländer, ein Franzose, ein Deutscher oder ein Italiener, die sich miteinander in einem Raum befinden, sich gegenseitig sehen, stimulieren und hemmen, besteht eine Chance, daß schließlich das spezifisch Europäische sich durchsetzt, d.h. die Fähigkeit, sich dem, was ist, zu entreißen um zu werden, was noch nicht ist.

Zum Abschluß möchte ich Ihnen eine meiner Lieblingsgeschichten erzählen, die dies veranschaulicht. Dabei geht es um die Sprachen, denen mein besonderes Interesse gilt. Eines der auffälligsten Phänomene, die die europäische Differenzierung hervorgebracht hat, ist die Sprachenvielfalt. Diese Vielfalt abschaffen zu wollen, mit dem Argument der Nützlichkeit einer internationalen Kommunikationssprache, die nur das für jedermann bereits Existente auszudrücken vermag, mit der sich also keinerlei Differenzen zum Ausdruck bringen lassen – wo doch die Sprachen in ihrer Verschiedenheit eben diese Komplementarität veranschaulichen, die ich gerade angesprochen habe ! Als Madame de Staël nach Deutschland ging, um dort die "barbarische Krafftülle" zu finden, von der sie bei Tacitus gelesen hatte, und die französische Dekadenz mit einer Übertragung deutscher Eigenschaften zu bekämpfen – die beginnende deutsche Romantik erschien ihr viel kraftvoller als alles, was sie aus ihrer Umgebung kannte –, suchte sie nach dieser Ressource des Andersartigen. Als sie dann in Goethes Salon erlebt, wie die Deutschen diskutieren, ist sie zunächst erstaunt und schreibt : "il est frappant de constater que lorsqu'un Allemand prend la parole, il est difficile de la lui arracher" ("es ist frappierend festzustellen, daß einem Deutschen das Wort schwer wieder zu entreißen ist, wenn er es einmal ergriffen hat"). Sie hatte keine Ahnung von den besonderen Regeln der deutschen Syntax, aufgrund derer man vor dem Ende eines Satzes keine Gewißheit über den Sinn haben kann. Wenn man deutsch spricht, ist man sehr empfindlich, denn bei jeder Unterbrechung kann es sein, daß man den Faden verliert oder, was noch gravierender ist, daß einem in einem Punkt, den man in keiner Weise so zum Ausdruck bringen wollte, widersprochen wird. Was Madame de Staël zu dem Ausruf veranlaßt : "ah, que je préfère le gazouillis de mon salon où tout le monde parle en même temps et tout le monde s'entend" ("da ist mir das Geplappere in meinem eigenen Salon lieber, wo alle gleichzeitig reden und alle sich verstehen"). Dies setzt eine Sprachstruktur voraus, die es ermöglicht, an das gerade Gesagte gewissermaßen weitere "Wagons" anzuhängen ; man kann die Aussage des Vorredners ergänzen, ohne daß der Ablauf der Darlegung bzw. der Erzählung dadurch zunichte gemacht wird.

Dieses kleine Detail kann zu gegenseitiger Ablehnung führen – oder zu Pauschalurteilen über die phantasielose Steifheit der Deutschen auf der einen, die individualistische Lebendigkeit der Franzosen auf der anderen Seite. Dabei handelt es sich lediglich um eine aus der Unterschiedlichkeit von zwei gegenseitig aufeinander Bezug nehmenden Erscheinungsbildern entstehende Realität. Wenn Europa in dem Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland vorankommen konnte, dann vor allem dank der Wahrnehmung dieser Komplementarität, wo das "Ich" des einen letztenendes in dem, was dieser nicht ist, nämlich in einem "Du", seine Bekräftigung findet.

## Zweite Podiumsdiskussion

### Die Sozialdemokratie und die Zukunft Europas

**Teilnehmer : Jean-Marie Bockel, Senator, Bürgermeister von Mulhouse ; Gérard Grunberg, Professor am Institut d'Etudes politiques de Paris ; Thomas Meyer, Politologe, Professor an der Universität Dortmund ; Monika Pajerova, Präsidentin von ANO PRO EUROPA, Tschechische Republik ; Bernard Poignant, MdEP, Vorsitzender der PS-Abgeordneten im Europaparlament ; Angelica Schwall-Düren, MdB, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion**  
**Moderation : Laurent Joffrin, Le Nouvel Observateur**

Als Leitfaden für die Podiumsdiskussion zum Thema "Sozialdemokratie und die Zukunft Europas" stellte der Moderator Laurent Joffrin eingangs zwei Fragen. Erstens : Wie könnten die Sozialdemokraten nach dem französischen und niederländischen "Nein" weiter vorgehen ? Und zweitens : Wie sehe das sozialdemokratische Projekt für Europa aus ? Müßten alle Sozialdemokraten zu "Blairisten" werden und sich deutlicher dem Kapitalismus stellen, um das europäische Modell bzw. den Wohlfahrtsstaat zu retten ? An diesem Punkt trenne sich die europäische Sozialdemokratie in zwei Lager.



Als Vertreterin einer der neuen EU-Mitgliedstaaten wies die Tschechin Monika Pajerova, Präsidentin von ANO PRO EUROPA, auf die Gefahr hin, daß die Krise der Europäischen Union, die momentan noch geografisch beschränkt sei, sich auch auf die neu beigetretenen Länder ausbreiten könne. Das Bild von Europa habe sich dort in wenigen Jahren gravierend verändert : Die EU werde in Ost wie West nicht mehr mit idealistischen Augen, sondern nur noch unter Kosten-Nutzen-Aspekten gesehen. Grundsätzlich habe das europäische Projekt die Unterstützung der Öffentlichkeit verloren, da versäumt worden sei, einen konstruktiven, zukunftsweisenden Dialog mit den Menschen zu führen. Die allgemeine Vertrauenskrise sei auch darauf zurückzuführen, daß nationale Interessen höher bewertet würden als das gemeinsame europäische Anliegen. In den Aussagen von Politikern trete Europa nur als etwas in Erscheinung, womit man sich "rumzuschlagen" habe. Auch wenn kurz vor den Referenden die politische Rhetorik auf eine europafreundliche Perspektive umgestellt worden sei, dürften die Negativvoten folglich nicht verwundern. Um der Bevölkerung wieder die Vorteile und ursprünglichen Werte der EU zu vermitteln, müßten die Sozialdemokraten sich daher tagtäglich für Europa aussprechen und sich auf europäischer Ebene gegenseitig unterstützen – selbst wenn dies auf nationaler Ebene zum Verlust von Wählerstimmen führe.



Gegen die Ansicht von Pajerova, daß die Erweiterung der EU zu spät erfolgt und durch die lange Wartezeit der Enthusiasmus der osteuropäischen Länder verloren gegangen sei, sprach sich im Anschluß die Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Angelica Schwall-Düren aus. Das Problem liege vielmehr darin, daß die Erweiterung vor der Vertiefung durchgeführt worden sei. Wenn man die EU mit einer Wohngemeinschaft vergleiche, dann handele es sich zwar um ein gewolltes Zusammenleben, aber dennoch sei es unverzichtbar, die Interessen der anderen zu kennen und bestimmte Regeln einzuhalten. Gerade weil sich der gemeinsame Haushalt nun vergrößert habe, müßten diese Regeln optimiert werden. Was sei aber nun die Rolle der Sozialdemokraten bei diesem Projekt? Leider sei weiterhin unklar, was genau unter dem vielzitierten europäischen Sozialmodell zu verstehen sei. "Wir versuchen immer noch zu stark, unsere jeweils nationalen Vorstellungen zu verwirklichen und sind überwiegend abwehrend gegen die anderen Modelle." Besonders in Deutschland und Frankreich müsse den Sozialdemokraten aber eine wirkliche Modernisierung gelingen. Sollte dieser Entwicklungsschritt verpaßt werden, drohe ein Verlust der politischen Akzeptanz zugunsten von Radikalismen auf der linken und rechten Seite. Schwall-Düren betonte jedoch, daß das soziale Europa ein neues Verständnis des Begriffes Schutz benötige: er müsse im Sinne eines aktivierenden Sozialstaats verstanden werden, der die Menschen nicht nur vor Risiken schütze, sondern ihnen auch die Chance gebe, von der Dynamik des Marktes zu profitieren. Europäische Aufgabe sei es hierbei, gemeinsam gegen weltweite Dumping-Entwicklungen vorzugehen und beispielsweise durch Mindeststandards eine Dumping-Konkurrenz untereinander auszuschließen, ohne dabei den notwendigen Wettbewerb zu verhindern.



Daß Europa von einer großen Mehrheit der Bevölkerung hingegen eher als Gefährdung der sozialen Sicherheit denn als zusätzliche Sicherung empfunden werde, nannte der Dortmunder Politikprofessor Thomas Meyer als einen der Hauptgründe für die Ablehnung des Verfassungsreferendums in Frankreich. Der EU sei es folglich bisher noch nicht gelungen, die sogenannte Methode Monnet – mehr oder weniger hinter verschlossenen Türen Entscheidungen zu treffen und über gute Ergebnisse nachträglich die Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen – umzustellen auf eine input-Legitimation. Was die soziale Dimension betreffe, kranke die Europäische Union am bekannten Ungleichgewicht in der Architektur der EU. Während die Vollendung der Märkte im supranationalen Bereich der europäischen Entscheidungsmechanismen angelegt sei, stünde für die Umsetzung sozialer Regelungen im wesentlichen nur ein vergleichsweise schwaches Instrument wie die Einigung zwischen Regierungen zur Verfügung. Ferner werde das europäische Projekt durch die weitverbreitete "Strategie der Ausrede" diskreditiert, wonach Mängel bei der eigenen, nationalen Reformfähigkeit stets der EU angelastet würden. Eine mit Erwartungen überbürdete Sozialunion könne jedoch nur zu Enttäuschungen führen, da Europa niemals als Ersatz-Sozialstaat dienen könne, sondern komplementär bzw. ermöglichend wirke. Der Begriff der europäischen Sozialunion meine vielmehr einen Sockel, der Mindeststandards für soziale Sicherung festlege, auf dem aber Raum sei für eine Familie sehr unterschiedlicher Sozialstaatsmodelle. Als wichtige Kriterien für soziale Demokratie in Europa definierte Meyer soziale Bürgerschaft, koordinierte Marktwirtschaft, einen grundrechtsgestützten Sozialstaat und partizipative Demokratie. Da in allen europäischen Ländern ein Großteil der Bevölkerung für eine bestimmte Variante des Sozialstaats eintrete, bestehe ein gewisser Druck der Öffentlichkeit. "Und da die Legitimation der Europäischen Union sicherlich nicht gewonnen werden kann, auch nicht für die Verfassung, ohne die Befriedigung dieser Dimension, haben die sozialdemokratischen Parteien hier eine historische Mission." Die Sozialdemokratie sei somit der eigentliche Anwalt für die soziale Dimension innerhalb der europäischen Identität. Die Tatsache, daß im Bereich der sozialen Politik hauptsächlich intergouvernementale Entscheidungen getroffen würden, verlange von den sozialdemokratischen Parteien jedoch eine deutlich größere Koordinierungsbereitschaft. Die Übereinstimmung, etwa entlang der vier genannten Kriterien, sei aber ausreichend, um diese Koordinierung herbeizuführen.



Weniger positiv fiel das Fazit von Gérard Grunberg, Professor am Pariser Institut d'Etudes politiques, aus, der darauf hinwies, daß man die Konsequenzen des französischen und niederländischen "Neins" nicht unterschätzen dürfe. Auch wenn das Referendum in Frankreich mehrheitlich eine Abstimmung über das Wirtschafts- und Sozialmodell der EU und weniger über die politische Union gewesen sei, werde im Grunde nun das europäische Projekt als Ganzes in Frage gestellt. Allen sozialdemokratischen Parteien in Europa schein nach dem 29. Mai 2005 unklar zu sein, wie es mit der politischen Union künftig weitergehen solle. Es bestehe somit ein negativer Konsens, zunächst einmal innezuhalten und abzuwarten, da überall Ratlosigkeit vorherrsche. Richte man den Blick speziell auf die Parti Socialiste in Frankreich, falle in den Texten zum Parteikongreß



auf, daß der EU darin nur ein äußerst geringer Platz eingeräumt werde. Neben einer idealistischen Vision von Europa, die das Fortschreiten der Integration grundsätzlich bejahe, zeichne sich kein wirklicher Vorstoß, keine Neubelebung des europäischen Projekts ab. Überraschend sei auch, daß kaum Bezüge zu den Positionen der Sozialdemokratischen Partei Europas bestünden, also eher eine Diskussion "unter sich" stattfinde. Die Agenda der SPE stelle eine Mischung aus Sozialdemokratie und Sozialliberalismus dar, die angesichts der Globalisierung den schwierigen Versuch unternahme, die Notwendigkeiten des Wettbewerbs und der Flexibilität mit der Rettung bzw. dem Ausbau des europäischen Sozialmodells zu vereinen. Ein europäisches sozialistisches Projekt sei also durchaus vorhanden, nur lasse sich in der französischen PS die erschreckende Tendenz erkennen, daß Europa nicht mehr als Lösung, sondern eher als Problem gesehen werde. Wenn hier nicht ernsthaft die Diskussion über einen neuen Anlauf für das europäische Modell wieder aufgenommen werde, sei nicht auszuschließen, daß gegensätzliche Strömungen zugunsten der nationalen Ebene triumphierten. Damit würde Europa aber nicht mehr auf-, sondern vielmehr abgebaut.



Auch Jean-Marie Bockel, Senator und Bürgermeister von Mulhouse, ging auf den Zustand der Parti Socialiste ein, in der schon immer gerne Randpositionen vertreten worden seien. Mittlerweile müsse man jedoch kritisch anerkennen, daß die französische PS in ihrem Denken noch nicht die "sozialdemokratische" Wende vollzogen habe, während die Schwesterparteien in anderen europäischen Ländern schon längst neue oder dritte Wege der Sozialdemokratie erforschten. Da die PS bei der Frage der europäischen Verfassung nicht mit sich selbst im Reinen gewesen sei, falle auch den Befürwortern ein Teil der Verantwortung für das Scheitern des Referendums zu. Die Unterscheidung zwischen der Abwehr des Ultra-Liberalismus, die innerhalb der Partei von allen geteilt werde, und einer verbalen Schlacht gegen Europa habe unter den französischen Mitbürgern für Verwirrung gesorgt. Ein gemeinsames sozialdemokratisches Projekt auf europäischer Ebene dürfe sich nun weder "blairistisch" noch "anti-blairistisch" definieren, vielmehr müßten zentrale Bestandteile des sozialen Europa bzw. des Wohlfahrtsstaates festgelegt werden. Jedes Land habe hier seine eigenen Vorstellungen und Vorschläge, die in einen neuen Pakt zwischen der notwendigen wirtschaftlichen Dynamik, einer Art reguliertem Liberalismus einerseits und der sozialdemokratischen Sicht andererseits münden könnten. In Anbetracht einer in Frankreich verbreiteten "Radikalromantik à la Bové" müßten die europäischen Sozialdemokraten zeigen, daß sie fähig seien, ein neu überdachtes Verhältnis zur Globalisierung zu entwickeln, das ebenfalls eine "Dimension der Großzügigkeit und des Internationalismus" aufweise und das auch den Jugendlichen einen Horizont eröffne.



Gegen Ende der Podiumsdiskussion richtete Bernard Poinant, Vorsitzender der PS-Abgeordneten im Europaparlament, die Aufmerksamkeit noch auf eine historische Besonderheit : so könne die französischen Sozialisten nur verstehen, wer ihr Verhältnis zur Kommunistischen Partei berücksichtige. Das Ende der Sowjetunion zwingt die PS dazu, sich selbst zu definieren, während sie davor lange Zeit als "nicht-kommunistische Linke" bezeichnet und somit stets in Bezug auf die Kommunisten wahrgenommen wurde. Gewissermaßen stellte dies einen "intellektuellen Komfort" dar, da die Partei sich nur zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus zu positionieren brauchte. Betrachte man rückblickend die tatsächlichen Ergebnisse sozialistischer Regierungszeiten in Frankreich, habe die PS kontinuierlich die Situation der Arbeiter und Angestellten verbessert. Die große Schwierigkeit bestehe nun aber darin, daß die Zeiten dieser Ausrichtung vorbei seien, man also 2 007 nicht mit einem Programm in den Wahlkampf gehen könne, das "32 Wochenstunden, sechs Wochen bezahlten Urlaub und die Rente mit 55 Jahren" vorsehe. Das Bedürfnis, das heutzutage angesichts internationaler Arbeitsteilung, Standortverlagerung, kürzeren Beschäftigungszeiten und wachsenden Mobilitätsanforderungen befriedigt werden wolle, sei das Bedürfnis nach Schutz. Sollte es den Sozialdemokraten nicht gelingen, hierauf eine Antwort zu finden, würden die liberalen oder nationalen Kräfte den Sieg davon tragen. Daher sei es notwendig – egal auf welcher Ebene –, die Franzosen zu schützen, ohne Frankreich abzuschotten, bzw. die Europäer zu schützen, ohne Europa abzuschotten.



## Schlußwort

### Die Werte des heutigen Europas (Auszüge)

#### Dominique Strauss-Kahn, Abgeordneter und ehemaliger Wirtschafts- und Finanzminister

Ein Leitmotiv der Verfassungsgegner während der Kampagne im Vorfeld zum Referendum lautete, man müsse "eine heilsame Krise hervorrufen". Im nachhinein ist festzustellen : diejenigen, die dies ankündigten, haben ihr Versprechen zumindest zur Hälfte gehalten. Die Krise ist da. Europa zweifelt. Ansonsten hat das französische Referendum lediglich eine schwelende Vertrauenskrise zum Vorschein gebracht ; danach aber folgte eins nach dem anderen : das niederländische Referendum, das den Verfassungsvertrag endgültig zu Grabe trug, die Zweifel eines italienischen Ministers am Euro, die Inszenierung nationaler Egoisten anlässlich der Haushaltsdiskussion [...] Währenddessen rechtfertigen einige Regierende weiterhin ihre Ohnmacht, indem sie der Kommission den Schwarzen Peter zuschieben. Kein Zweifel also, wir stecken in einer Krise. Was die "Heilsamkeit" dieser Krise angeht, wird man mir ein etwas vorsichtigeres Urteil zugestehen. Eins ist jedoch sicher : wir dürfen nicht resignieren oder zu dem Schluß kommen, das politische Projekt Europa habe keine Zukunft mehr. Vielmehr ist es unsere Pflicht, einen positiven Weg aus der Krise zu suchen. Es sind heute die Voraussetzungen für einen Neuanfang gegeben, beginnend mit den Werten, für die wir uns engagieren wollen.

[...] Vertreten die Europäer eine Reihe gemeinsamer Werte, die eine europäische Identität begründen und die Leitlinien eines europäischen Projekts vorgeben ? Von der Antwort auf diese Frage hängen die für Europa heute anstehenden Entscheidungen ab. Ist man der Auffassung, daß die Europäer nur unpräzise, universell geltende Werte gemein haben, daß Europa nur ein Sammelsurium höchst unterschiedlicher Gebilde darstellt, denen es gelungen ist, ihre Beziehungen durch Rechtsverhältnisse zu ordnen, so verliert das Projekt eines politischen Europas jegliche Legitimität. Wenn Europa also tatsächlich zu vielgestaltig ist, sind wir dazu verdammt, [...] uns mit einem großen Markt zu begnügen, der nebenbei auch ein paar Rechte garantieren würde. Ein solches Europa interessiert mich nicht – weder als Sozialist, noch als Humanist.

Wenn man dagegen feststellt, daß Europa eine Wertegemeinschaft bildet, wenn Europa ein Gesellschaftsmodell sui generis vertritt, kurz gesagt : wenn unabhängig von den nationalen Identitäten ein "europäisches Volk" existiert, dann können wir uns in das Abenteuer eines politischen Europas stürzen. Wir müssen dies sogar tun, denn wir brauchen eine Kraft, die fähig ist, diese Werte zu verteidigen und sie vor allem weiter voranzubringen.

Ich selbst reihe mich entschieden in die zweite Kategorie ein. Ich glaube an die Existenz eines wertegestützten europäischen Modells. Wenn dies nicht für jedermann so klar ist, dann sicherlich deshalb weil Europa keine statische Identität besitzt : es handelt sich um eine alte, aber nach wie vor im Aufbau befindliche Wertegemeinschaft.



## a) Eine im Aufbau befindliche Wertegemeinschaft

Ich möchte nur kurz auf die vielfältigen Traditionen eingehen, die zur Entstehung der europäischen Werte beigetragen haben, denn wir haben diese alle im Kopf. [...] Die gemeinsame Geschichte Europas beginnt zwar nicht mit den Imperien, die Teileinheiten dieses Europas bildeten, aber diese hatten prägende Bedeutung für die Zukunft. Zunächst das Römische Reich als Vater des Rechts und des Staatsbegriffs. [...] Die darauf folgenden Imperien auf dem europäischen Kontinent versuchten, einigende Elemente zu konstruieren: Karl der Große "erfand" zu diesem Zweck die Schule und schaffte es, das Christentum zum stärkenden Bindeglied seines Imperiums zu machen; Napoleon ein paar Jahrhunderte später führte überall den Code Civil ein.

Doch immer dann, wenn die politische Einheit weit entfernt schien, d.h. außerhalb dieser seltenen imperialen Perioden, war die Einheit Europas vor allem kultureller Natur. Im Mittelalter wurde das damalige Großgebilde geeint durch ein Netz von Geistlichen, die sich der gleichen Sprache bedienten, nämlich Lateinisch. Der christliche Glaube, der Europa in "einen weißen Mantel von Kirchen" hüllte, lieferte dem Kontinent ein mächtiges Ferment der Einheit. Die Renaissance brachte später eine verweltlichte Version dieser kulturellen Einheit. Die *respublica literaria*, wie man sie damals bezeichnete, scherte sich nicht um Grenzen. [...] Mit dieser Vertrautheit unter den geistigen Eliten des gesamten Kontinents läßt sich auch die Entstehung der Aufklärungsphilosophie erklären, einer Grundtendenz, die den ganzen Kontinent erfaßte.

Diese Gründungselemente unserer Kultur sind nicht unser alleiniges Erbe. Zu Recht ist festzustellen, daß sie auch den europäisch kolonisierten Territorien – insbesondere der großen Siedlungskolonie auf dem amerikanischen Kontinent – Rahmenorientierungen gegeben haben. [...] Im 20. Jahrhundert erhielten diese Werte jedoch auf unserem Kontinent eine besondere Färbung. Mehr als überall sonst wurden die Werte, die wir uns rühmen konnten, in die Welt hinausgetragen zu haben, jetzt mit Füßen getreten. Da waren die Großkonflikte des 20. Jahrhunderts, der Horror der Schützengräben und des industriellen Krieges. [...] Vor allem aber der Schatten des Holocaust, der unsere gesamte vorausgegangene Geschichte auf brutale Art und Weise dementierte. Die Welt von Descartes und Kant versank im mörderischsten aller Delirien; auf dem Kontinent, wo das Römische Recht entstand, wurden nun die Anti-Juden-Gesetze proklamiert; die Heimat des Heiligen Franziskus von Assisi verfiel der Judenvernichtung und der Negation der Menschlichkeit.

Es war dies ein genuin europäisches Trauma, das eine Welle der Erschütterung und des Zweifels auf dem ganzen Kontinent hervorrief. Die dadurch verursachte breite Reaktion war begründendes Element des europäischen Einigungsprozesses, in dem wir uns heute befinden. "Nie wieder!", lautete das Credo aller Europäer. Diese unabdingbare Forderung hat unseren Werten wieder eine Vitalität verliehen, wie sie sie auf keinem anderen Kontinent erlangt haben. Aus der Abscheulichkeit der Konzentrationslager schöpften wir die Energie, um endlich eine mit diesen Werten im Einklang stehende Welt zu erschaffen. Und wir begannen mit dem Aufbau Europas.

Die Erfolge beim Aufbau der Gemeinschaft verstärkten das Bewußtsein der Europäer für die gemeinsame Identität. Gelebte Solidaritäten entwickelten sich, es erfolgte eine Bereicherung der Wertegemeinschaft, das Gefühl einer Schicksalsgemeinschaft nahm zu. Durch die Erweiterung und Vertiefung der gemeinsamen Politikbereiche kam es zu einem sehr viel intensiveren Zusammenleben der Europäer als in der Vergangenheit: aus den gemeinsamen Erfahrungen heraus entstand eine neue europäische Realität. [...]

Die Gründerväter hielten die eigentlich politische Absicht, der die kleinen Schritte der sektoralen Integration dienten, nicht verborgen, und ihr Wagnis hat sich gelohnt. Wer konnte 1945, auf den Trümmern des Krieges, von einer europäischen Identität sprechen? Und wer kann heute deren Existenz leugnen? Es bleibt natürlich viel zu tun, damit eine allumfassende Wertegemeinschaft entsteht; sie befindet sich auch heute noch im Aufbau. Eine ganze Reihe von Faktoren machen jedoch ganz offensichtlich deutlich, daß der Grundtrend trotz der Wachstumskrisen der politischen Union mit großen Schritten weiter voranschreitet. Wir verspüren gemeinsame Empfindungen, wenn einer der unseren vom internationalen Terrorismus heimgesucht wird, wie im Falle von Madrid und London. Tatsächlich ist die Bedrohung ja eine gemeinsame Bedrohung, dies erkennt heute wohl jeder. [...]

## **b) Zukunftsträchtige Werte : eine Welt der Gerechtigkeit**

Die Würde des Menschen steht im Mittelpunkt der europäischen Kultur. In ihr münden sowohl die religiösen Traditionen – der Monotheismus, für den der Mensch ein Abbild Gottes ist – als auch die humanistischen Traditionen des Kontinents. Alle Länder berufen sich heute darauf, doch allein Europa hat es verstanden, einen Raum zu erschaffen, wo die Würde des Menschen in den Normen und Institutionen des sozialen Zusammenlebens ihre Verkörperung findet, um eine Welt der Gerechtigkeit oder, wie Fernand Braudel es nannte, einen “sozialen Humanismus” entstehen zu lassen.

Erste Voraussetzung für die menschliche Würde ist die Achtung der Menschenrechte. In Europa sind die öffentlichen Freiheiten, die den Einzelnen dem Staat gegenüber schützen, abgesichert durch eine Vielzahl von Mechanismen wie z.B. den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. [...] Europa geht jedoch noch weiter : es ist dies nicht nur der größte demokratische Raum der Erde, sondern Europa hat sich zu einer Art heiligem Hort entwickelt, wo das Individuum unantastbar ist. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten oder Japan hat Europa Sondergerichte, körperliche Züchtigungen und Todesstrafe von seinem Territorium verbannt. Und nur Europa verbietet auch die verschiedenen Formen von Vermarktung des menschlichen Körpers : Wenn nötig, schützt es die Menschen auch vor sich selbst.

Diese bürgerlichen und politischen Rechte wären unvollständig, wenn sie nicht durch umfangreiche soziale Rechte ergänzt würden. Die Menschenrechte sind in erster Linie die Rechte des armen Menschen. Sie finden ihren Niederschlag in einem Wirtschafts- und Sozialmodell, das auf einem Gleichgewicht zwischen Markt und sozialer Gerechtigkeit fußt. Die europäischen Staaten gewähren jeder auf seine Weise, anhand vielfältiger Verfahren, Schutz vor Risiken, die der einzelne Bürger nicht alleine tragen kann : Krankheit, Behinderung, Arbeitslosigkeit, die Versorgung im Alter. Der Sozialstaat europäischer Prägung ist auch ein Staat, der über das Steuerwesen in erheblichem Umfang Einkommen umverteilt. Auch da gibt es zwar nicht unerhebliche nationale Besonderheiten. [...] Doch liegt der europäische Staat, wo am wenigsten umverteilt wird, nämlich das Vereinigte Königreich, immerhin 17 Punkte vor den Vereinigten Staaten (21 %) und 10 Punkte vor Japan (28 %). Europa allein ist die Heimat des Sozialstaats. Trotz aller mitunter manchmal brutalen Anpassungsbestrebungen gibt es nur wenige, die diesen Sozialstaat wirklich aufgeben wollen. Und noch weniger gibt es Völker, die bereit wären, darauf zu verzichten.

Ebenso sorgen wir uns auch um die Rechte des “Menschen von morgen”, indem wir uns um die Erhaltung der Umwelt bemühen. Die rasche wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit hatte spürbare Schäden verursacht : Umweltverschmutzung, Erschöpfung der Ressourcen, Zerstörung von Lebensräumen, Artensterben. Europa ist zwar nicht die einzige Weltregion, die eine solche Entwicklung erlebt hat, ist aber der einzige politische Raum, wo die Umweltbelange heute ausdrücklich Berücksichtigung finden. Am bemerkenswertesten ist hier vor allem das Vorgehen auf gemeinschaftlicher Ebene. Die Europäische Union hat das Ziel “Umweltschutz” in den Amsterdamer Vertrag von 1997 aufgenommen und eine umfassende Umweltstrategie entwickelt. Sie engagiert sich aktiv für die Einhaltung des Kioto-Abkommens zur Verminderung der Treibhausgase.

Europa hat darüber hinaus schließlich auch ein Alternativmodell zum Gesetz des Stärkeren entwickelt, von dem man bis dahin glaubte, daß es für immer und ewig den Alltag der internationalen Beziehungen bestimmen würde. Langezeit war Europa bevorzugter Austragungsort der Machtpolitik und des Mächtigegleichgewichts – und dies bis zur letzten Konsequenz, d.h. bis hin zu den beiden Weltkriegen. Dann beschloß Europa, auf diese Logik zu verzichten und eine Welt aufzubauen, wo Krieg keine Lösung mehr ist und Konflikte mittels Schlichtung oder Vermittlung durch Dritte beigelegt werden. Für die europäische Jugend von heute sind die Konflikte, von denen unser Kontinent über Jahrhunderte hinweg zerrissen wurde, ein unerklärliches Mysterium. [...] Der Einsatz von Gewalt wurde deshalb aber nicht vollständig verbannt. Dies zeigte die Beteiligung europäischer Streitkräfte am Kosovo-Krieg. Krieg gilt aber nur dann als zulässig, wenn alle anderen Mittel der Rechtsdurchsetzung gescheitert sind. Und darauf können wir stolz sein. [...] Die Europäische Union bemüht sich im übrigen, ihr Modell zu exportieren, indem sie sich überall für Multilateralismus und Konzertierung einsetzt und neben der UNO auch Gruppierungen mit enger gefaßten Aufgabenstellungen wie G8 und FATF unterstützt. Daß der amerikanische Gulliver trotz seines anfänglichen Mißtrauens in die WTO eingebunden werden konnte, ist ein Verdienst Europas. [...]

Ich habe nun einige herausragende Merkmale des in sich recht geschlossenen Gesellschaftsmodells schematisch definiert, das nach meinem Dafürhalten der europäischen Identität ihre Einheit verleiht ; die Wertegemeinschaft existiert und hat ganz konkrete Formen. Doch was können wir daraus machen ?



### **c) Werte verwirklichen : Es ist Zeit für ein politisches Europa**

Die aktuelle Krise der Europäischen Union oder der scheinbare Triumph des liberalen Modells nach amerikanischem Muster könnten uns zu der Versuchung veranlassen, das europäische Modell in Frage zu stellen. Oft hört man pessimistische Aussagen : Europa – so heißt es – wird immer mehr zu einem “alten Europa”, überholt von den Erfolgen der Vereinigten Staaten, der Dynamik Chinas und der zunehmenden Bedeutung Indiens. Deshalb sei es ratsam, unser Modell aufzugeben. Meines Erachtens wäre dies ein doppelter Fehler : zum einen deshalb, weil die Europäer sehr an ihrem Modell hängen, und ich glaube, zu Recht. Und zum anderen, weil die Realität eine andere ist. Das europäische Gerechtigkeitsmodell hat durchaus Zukunft. Es ist ganz und gar nicht das Markenzeichen des “alten Europas”, sondern hat den Anspruch, die Verheißung einer anderen “Neuen Welt” zu sein.

[...] Die meisten Länder der Union sind mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert, die sie nicht im Alleingang lösen können : Schaffung neuer Wachstumsimpulse, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Terrorismusbekämpfung – all dies bedarf europäischer Antworten, wenn wir unser Modell bewahren wollen. Unsere Probleme haben wir nun zwar erfolgreich “vergemeinschaftet”, mit den Problemlösungen dagegen verhält es sich ganz anders. Deshalb zweifeln die Bürger an der Nützlichkeit einer Union, die nicht in der Lage ist, ihre Probleme zu lösen, während sich gleichzeitig der Nationalstaat oftmals selber als dazu nicht fähig erklärt.

Darüber hinaus verfügt Europa auf internationaler Ebene nicht über angemessene Instrumente zur Umsetzung seiner Ziele. Wenn wir wollen, daß unser Modell auch nach außen wirkt, wenn wir den Multilateralismus voranbringen und die Gewalt in der Welt zurückdrängen wollen, werden wir der Union zwangsläufig international endlich ein echtes politisches Gewicht verschaffen müssen – insbesondere durch eine einheitliche Vertretung. Bis dato ist die Europäische Union nach wie vor ein überaus unzulängliches Instrument. Ich habe bereits Vorschläge für eine echte politische Union gemacht ; nach meiner Überzeugung bildet das politische Europa die notwendige Konsequenz aus der Wertegemeinschaft der Europäer und ist allein in der Lage, diese Wertegemeinschaft wirklich zu verkörpern. Tut es dies nicht, so sind diese Werte an sich künftig in Gefahr. Ohne politisches Europa wird das soziale Europa eine fromme Beschwörung bleiben.

Mein Diskurs mag anachronistisch erscheinen : Kommt es nicht zuallererst darauf an, die gegenwärtige Krise zu beheben, bevor man neue Pläne auf den Weg bringt ? Dies verkennt aber, daß alles miteinander verbunden ist und daß der Zweifel, der die Europäer heute erfaßt, das gesamte Gemeinschaftsprojekt betrifft. [...] Im Übrigen zeigt die Geschichte, daß Krisenzeiten nicht unbedingt

Zeiten unproduktiven Brachliegens sind. In den schlimmsten Momenten des Zweifels zu Beginn des europäischen Integrationsprozesses, nachdem das "Nein" des französischen Parlaments die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zum Scheitern gebracht hatte, entstand der Vorschlag zu der Konferenz von Messina, um der europäischen Idee einen neuen Anstoß zu geben. Zwei Jahre später, 1957, wurde in Rom der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichnet.

Die Gegebenheiten sehen heute freilich anders aus. Die Regierenden in Europa sind nicht mehr die Gleichen. Und wir sind zahlreicher geworden : fünfundzwanzig Staaten ! Aber gerade deshalb müssen wir von unseren gemeinsamen Werten ausgehen, die uns derart vertraut sind, daß wir sie zuweilen aus den Augen verlieren und uns in kleinliche Streitereien verbeißen. [...] Während der Verfassungsdiskussion hat uns das europäische Bewußtsein gefehlt. Das ist die wichtigste Lehre, die ich persönlich aus der Debatte anlässlich des Referendums ziehe : um das politische Europa verwirklichen zu können, müssen wir die Menschen zu Europäern machen. Wir können die Europäer nur auf Grundlage ihrer gemeinsamen Werte zusammenführen, und diese Werte existieren ; die Bürger Europas sind Europäer, ohne es selbst zu wissen. Unsere Aufgabe ist es, diese europäische Realität zum Vorschein zu bringen und dafür zu sorgen, daß sie gedeiht und prosperiert. Wir brauchen jedoch eine politische Standarte. In der Debatte zum Referendum habe ich mich bemüht, den Verfassungsvertrag als eine sicherlich nicht hinreichende, aber doch sinnvolle Etappe darzustellen. Ich habe nicht überzeugt. Vielleicht hängt dies mit der Schwierigkeit zusammen, eine Etappe zu präsentieren, ohne das angestrebte Ziel zu nennen. Aus diesem Grunde brauchen wir heute ein Manifest, das unser Europa-Projekt für die nächsten 20 Jahre definiert. Ich fordere daher die SPE oder jedwede andere Gruppierung von Männern und Frauen der Linken in Europa auf, ein solches Manifest zu verfassen. [...]



## Diskussionen in den Arbeitsgruppen

### Arbeitsgruppe Die Europäische Kultur, ein starkes Element

Moderation : Monika Griefahn, Bundestagsabgeordnete

Berichterstatter : Jacques-Pierre Gougeon, Professor für Deutschlandstudien



In diesem Workshop mit politischen Verantwortungsträgern, Experten und Intellektuellen wurde anspruchsvoll und hoch interessant diskutiert. Der vorliegende Bericht enthält zwei Teile : zunächst eine Zustandsbeschreibung, dann die Vorschläge, die unseres Erachtens in diesem Forum präsentiert werden sollten.

#### Zustandsbeschreibung

- Die Schwierigkeit, von einem “europäischen Projekt” zu sprechen, ist oft dadurch bedingt, daß es schwierig ist, die Geographie Europas, die – nicht endgültig etablierten – Grenzen dieses Europas zu definieren. Wie von einigen Teilnehmern betont wurde, stehen manche asiatische Völker der Union teilweise näher als gewisse Länder Südeuropas.

- Der Begriff der “Kultur” findet schrittweise Eingang in die europäischen Texte – 1992 im Vertrag von Maastricht und unlängst im Entwurf des Verfassungsvertrages. Dies ist auf jeden Fall zu begrüßen. Allerdings darf der semantische Fortschritt nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mittelbereitstellung nicht Schritt hält. Die finanzielle Realität ist nach wie vor sehr problematisch, mit entsprechend negativen Konsequenzen für wichtige Bereiche wie z.B. die Übersetzung europäischer Werke – ein Thema, auf das ich im Zusammenhang mit den Vorschlägen zurückkommen werde.

Mehrere Teilnehmer haben im Vergleich zu den 90er Jahren einen Rückgang des kulturellen Austauschs in bestimmten bilateralen Beziehungen – insbesondere zu Mitteleuropa – bemerkt. Dies ist auf jeden Fall Grund zur Sorge. Ähnliches gilt für bestimmte europäische Studentenprogramme – Socrates, Erasmus – die bei ihrer Einrichtung sicherlich einen Fortschritt darstellten, heute aber ihre Unzulänglichkeiten offenbaren. Die Nutznießer dieser Programme bleiben zum großen Teil nur ein Semester, also nur sehr kurze Zeit, im Land ihres Studienaufenthalts. Und bei der Rückkehr ins Ursprungsland sind sie dann mit der zuweilen unerbittlichen Hochschulbürokratie konfrontiert.

- Das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit, woraus sich zwangsläufig weit reichende Auswirkungen ergeben, z.B. auf die Presse. Ich kann mangels Zeit nicht eingehen auf die hoch interessanten theoretischen Schriften von Habermas zu diesem Thema, das zweifellos weiter vertieft werden sollte.



• Bezüglich des deutsch-französischen Tandems, mit dem sich der Workshop besonders befaßte, vermerkten viele Teilnehmer, daß es kulturell, z.B. bei dem Begriff der "Kulturgüter", in den letzten Jahren zu einer Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich gekommen ist. Diese politische wie auch semantische Annäherung ermöglichte in bestimmten Foren, beispielsweise bei der UNESCO, eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Delegationen. Dito bezüglich der integrierten Studiengänge für Studierende beider Länder ; diese könnten zwar sicherlich weiter ausgebaut werden – momentan betreffen sie nur 5 000 Studenten –, haben aber doch als Impulsgeber für den Rest Europas gedient.

Ein weiteres interessantes Beispiel ist die Erstellung eines gemeinsamen Geschichtsbuches für Deutschland und Frankreich – ein ganz wesentlicher Faktor, denn ausgehend von der Geschichte entsteht Identität. Ein gemeinsames Geschichtsbuch ins Leben zu rufen ist der Versuch, eine gemeinsame europäische Identität zu schaffen.

Für viele Teilnehmer bleibt das deutsch-französische Aktionsfeld aber vor allem ein Ort des Experimentierens. Die auf deutsch-französischer Ebene feststellbaren Fortschritte in verschiedenen Bereichen dürfen jedoch nicht den Blick auf die übrige europäische Zusammenarbeit verstellen.



## Sechs Vorschläge

1 : Definition einer gemeinsamen kulturellen Außenpolitik für Europa :

Die Kultur unterliegt nach wie vor nationaler Kompetenz, also der der Staaten. Gleichwohl ist eine solche Politik in Form einer gemeinsamen kulturellen Präsenz im Ausland – insbesondere mit gemeinsamen Kulturinstituten – vom Quai d'Orsay bereits angedacht worden. An einigen Orten der Welt, z.B. in Palästina und Jerusalem, gibt es so etwas schon. Diese – wenn auch starken – Initiativen sind aber längst nicht ausreichend.

2 : Förderung der sprachlichen Vielfalt :

Die Verpflichtung für alle, in der Schule mindestens zwei Fremdsprachen zu lernen, darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muß auch in die Realität umgesetzt werden.

3 : Stärkung der Übersetzungen ausländischer Werke in Europa durch Schaffung eines "Zentralamts für Übersetzung" :

Die Bezeichnung wäre zu überdenken, da "Zentralamt" ein wenig nach Polizei klingt ! Es muß eine kulturnähere Bezeichnung gefunden werden, aber die Idee als solche ist gut.

4 : Schaffung eines europäischen Statuts für Stiftungen :

Genau wie in anderen Bereichen unterliegt die öffentliche Politik auf dem Gebiet der Kultur immer stärkeren Einschränkungen durch haushaltliche Sachzwänge. Deshalb erscheint es

angebracht, ein europäisches Statut für die Stiftungen zu definieren, die im geistigen und kulturellen Austausch zunehmend an Bedeutung gewinnen. Ein europäisches Unternehmensstatut wird demnächst eingeführt. Könnte man nicht auch an einem europäischen Stiftungsstatut arbeiten ?

#### 5 : Gemeinsame Erarbeitung eines Künstler- und Urheberrechtsstatuts in Europa

Ein solches Statut existiert bisher nicht. Es handelt sich um ein Vorhaben von kultureller wie auch wirtschaftlicher Bedeutung. Ebenso sollte auch eine gemeinsame Definition für den problematischen Begriff der Subvention im kulturellen Bereich erarbeitet, der Aufbau eines – bisher noch sehr unzureichenden – europäischen Netzwerks für darstellende Kunst (“spectacle vivant”) ins Auge gefaßt und in diesem Rahmen eine gemeinsame Kulturpolitik entworfen werden.

#### 6 : Stärkung und dauerhafte Absicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge (“services publics”) im Bereich der Kultur, insbesondere der audiovisuellen Medien :

Nur so läßt sich vermeiden, daß sich in diesem Bereich überall die kommerzielle Logik durchsetzt. Hier sind erhebliche Anstrengungen gefordert. Ich will dies anhand eines kleinen persönlichen Erlebnisses veranschaulichen. Während meiner Tätigkeit als Kulturattaché an der französischen Botschaft in Berlin traf ich die damalige europäische Kommissarin für kulturelle Fragen, Viviane Reding. Ich war sehr erstaunt festzustellen, wie weit die französische und ihre Auffassung von öffentlicher Daseinsvorsorge auf dem Gebiet der audiovisuellen Medien voneinander entfernt waren. Frau Reding beschuldigte die Franzosen, im kulturellen Bereich systematisch auf Interventionismus setzen zu wollen, während sie selbst im Gegensatz dazu – zumindest damals – eine auf den kommerziellen und ökonomischen Erfordernissen fußende Strategie propagierte.



## Arbeitsgruppe II Was ist ein europäischer Bürger ?

Moderation : Sylvie Goulard, Wissenschaftlerin am IEP

Berichterstatter : Jürgen Meyer, Professor an der Universität Freiburg, ehemaliger MdB



Als Ausgangspunkt der Diskussion zur Frage "Was ist ein europäischer Bürger ?" hatten wir im Vorfeld drei Thesen formuliert, die in der Arbeitsgruppe im wesentlichen Zustimmung fanden.

Die erste These lautete : der europäische Bürger versteht sich sowohl als Bürger seines Heimatlandes, als auch als Bürger der Europäischen Union – man sieht sich beispielsweise als französischen Europäer oder europäischen Franzosen. Entscheidend ist hier, daß beide Zugehörigkeiten miteinander verbunden werden können. Zahlreiche Redebeiträge wiesen jedoch darauf hin, daß es hinsichtlich des Zusammenwachsens im Verständnis als europäischer Bürger von Bedeutung sei, eine Unterscheidung zwischen politischer und kultureller Identität zu treffen. Erstere kann durch ein Projekt wie die europäische Verfassung weiterentwickelt werden, bei der kulturellen



Identität ist es dagegen wichtig, kulturelle Vielfalt geradezu als Ausdruck europäischen Bürgerdenkens zu begreifen, was auch in dem dialektischen Satz "Einheit durch Vielfalt" zum Ausdruck kommt. Eine zweite Differenzierung, die von der Arbeitsgruppe betont wurde, betrifft die Unterscheidung zwischen Menschen- und Bürgerrechten. Gerade für die Weiterentwicklung des Gedankens des europäischen Bürgers müßten die Bürgerrechte weiter gestärkt werden. Ganz praktisch sollten das aktive und

passive Wahlrecht an Bedeutung gewinnen. Das Europäische Parlament müßte also mehr Kompetenzen erhalten, damit deutlicher wird, was es heißt, europäischer Bürger mit diesem aktiven und passiven Wahlrecht zu sein. Dazu gehört auch der Vorschlag, daß der Kommissionspräsident durch das Europäische Parlament gewählt wird. Während die Bürgerrechte nur den Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten zustehen, sind die Menschenrechte nach europäischem Verständnis durchsetzbare Rechte für alle, die sich in Europa aufhalten.

Die zweite These ging davon aus, daß europäischer Bürger ist, wer seinen Lebensmittelpunkt in Europa hat und die europäische Werteordnung mit den Grundwerten Menschenwürde, Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit bejaht. Dies deckt sich mit der Struktur der Grundrechtecharta (Teil II. des europäischen Verfassungsentwurfes), die den Versuch darstellt, eine europäische Werteordnung zu formulieren. Zu beachten ist allerdings, daß zwischen den Regeln und Vorstellungen, wie sie im politischen Projekt des Verfassungsentwurfes aufgegriffen sind einerseits, und der Realität auf der anderen Seite ein großer Unterschied besteht. So haben beim Verfassungsreferendum in Frankreich 75 % der Menschen, die durch pessimistische Zukunftserwartungen gekennzeichnet sind, mit "Nein" gestimmt. Die Arbeitsgruppe war sich durchweg einig darin, daß dies eine Grundstimmung und eine Tatsache ist, die man ernst nehmen muß. Dazu gehörte jedoch auch der Hinweis, daß es eine Realität sei, daß der Verfassungsentwurf von der Mehrheit der Mitgliedstaaten und der Mehrheit der Bevölkerung in der EU bereits angenommen wurde.

Bemerkenswert an der europäischen Werteordnung, die den europäischen Bürger in seiner Identität bestimmt, sind besonders zwei Grundwerte : zum einen die Menschenwürde, die ganz am Anfang der Grundrechtecharta steht, und zum andern der Grundwert der Solidarität. Der europäische Verfassungsentwurf ist weltweit der einzige, der den Grundwert der Solidarität als Leitgedanken durch die ganze Verfassung hindurch anerkennt und konkretisiert.

Die dritte These lautete : Der gegenwärtige Zustand der Europäischen Union zeigt, daß bis zur selbstverständlichen Bejahung einer europäischen Bürgerschaft noch ein weiter Weg zurückzulegen ist. Das führte zu der Frage, welche Mängel bei der Verwirklichung dieses Gedankens der europäischen Bürgerschaft erkennbar sind ?



- Es bestand Übereinstimmung darin, daß die gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden deutlich machen, daß nationale Interessen immer noch sehr stark und bisweilen stärker gewichtet werden als das gemeinsame europäische Interesse. Unbestritten war auch, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten bei der Vereinbarung der mittelfristigen Finanzplanung ab 2 007 zeigen, daß der Grundwert der Solidarität noch nicht hinreichend verinnerlicht ist. Was kann also konkret getan werden, um den Gedanken des europäischen Bürgers mit diesen Grundwerten (Menschenwürde, Solidarität etc.) wesentlich stärker gesellschaftlich und auch politisch zu verwirklichen ? Zwar sind alle in Europa lebenden Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates Passivbürger, aber als Aktivbürger können nur die wenigsten bezeichnet werden. Eine zentrale Aufgabe besteht folglich darin, mehr aktive Bürger zu schaffen, die das europäische Projekt, die europäische Vision auch einer gemeinsamen Bürgerschaft vorantreiben, aus der Passivbürgerschaft somit die Aktivbürgerschaft zu machen.

- Natürlich steht dem zweitens vielfach das Sprachenproblem entgegen. Auch wenn sich Englisch inzwischen als Verständigungssprache durchgesetzt hat, wurde allgemein die Auffassung vertreten, daß es wichtig sei, Vielsprachigkeit in Europa als Verständigungsmittel und kulturelle Kommunikationsmöglichkeit zu fördern. Die Herstellung europäischer Öffentlichkeit geht nur über Sprachenkultur und das ist etwas, was man natürlich als Aufgabe beschreiben kann, was sich aber nicht einfach kurzfristig lösen läßt.

- Schließlich ist drittens hervorgehoben worden, daß bei allen Streitigkeiten und Problemen auf dem Weg zu einem vereinten Europa schon viele Ziele verwirklicht wurden und daß man dies sehen und darstellen sollte. So ist z.B. Teil II der Europäischen Verfassung, nämlich die Grundrechtecharta, im wesentlichen geltendes Recht, da sie auf der gemeinsamen Verfassungsüberlieferung der Mitgliedstaaten beruht. Es handelt sich folglich nicht um ein Modell, das noch fern der Realität ist, vielmehr legt es eine gültige Formulierung sozialer Demokratie vor. Was die Stärkung der Demokratie angeht, ist es jedoch bedauerlich, daß die europäische Bürgerinitiative durch die negativen Referenden zunächst mal nicht kommt. Denn sie stellte den Versuch dar, den Bürgerinnen und Bürgern auch zwischen den Wahlen die Möglichkeit der Partizipation zu geben.

- Viertens : wie soll es mit der Verfassung als Versuch, das Projekt europäische Bürgerschaft zu stärken, weitergehen ? Allgemeine Kritik gab es an Teil III. der Verfassung, der das geltende Vertragsrecht zusammenfaßt und größtenteils Artikel beinhaltet, die den Namen Verfassung, also Grundordnung oder elementare Regeln nicht verdienen. Bei einem neuen Ansatz wird man also nicht umhin kommen, diesen Teil III wenn nicht zu streichen, so doch wesentlich zu kürzen. In der Diskussion stand auch die Möglichkeit, ein solches schlankeres Projekt, das den Namen Verfassung eher verdient, am selben Tag in ganz Europa in allen Mitgliedstaaten zur Abstimmung zu stellen – vorzugsweise durch Referenden, aber jedenfalls doch an einem Tag nach nationaler Verfassungslage, hier durch das Parlament, dort durch die Bevölkerung.



## Arbeitsgruppe III

### Das wiedervereinigte Europa

Moderation : Michael Ehrke, FES Budapest  
Berichterstatter : Michael Dauderstädt, FES Bonn



Das französische “Nein” zum europäischen Verfassungsentwurf wurde in Osteuropa zum Teil als nachträgliche Absage an die Osterweiterung empfunden, daher begann unsere Sitzung zunächst mit einem kräftigen “Frankreich-Bashing”. Denn nach der Perzeption der Krise der EU gefragt, fällt die Antwort der Osteuropäer überraschend aus : aus ihrer Sicht gibt es eigentlich keine Krise, sondern das Problem liegt allein bei den alten Mitgliedstaaten, insbesondere bei Deutschland und Frankreich (wegen des Referendums schwerpunktmäßig allerdings noch eher bei Frankreich). Der andere Komplex, zu dem auch Deutschland gerechnet wird, ist die ökonomische Krise und die Tatsache, daß die nationale Politik ihr eigenes Versagen dadurch zu vertuschen versucht, daß sie die Schuld auf die Osterweiterung schiebt – gemeint sind die berühmten polnischen Klempner in Frankreich, in Deutschland sind es die polnischen Metzger in den Schlachtereien Brandenburgs. Das heißt, es besteht ein Gefühl für die Krise Europas, aber diese wird im wesentlichen nicht von den neuen Mitgliedstaaten produziert, die ihrerseits alle Anstrengungen machen, zum Gelingen des Projektes beizutragen, sondern eher von den alten. Die Wahrnehmungen in Ost und West decken sich somit nicht.

Auch bei der öffentlichen Meinung wurden Unterschiede ausgemacht. So ist die europäische Einigung in den alten Mitgliedstaaten eher ein Elitenprojekt und man bekommt häufig den Eindruck, daß die Bevölkerung hierbei zurückgelassen wurde, was sich auch in den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden deutlich machte. Von osteuropäischer Seite wurde unterstrichen, daß im Gegensatz dazu in den neuen Mitgliedstaaten die Bevölkerung sehr stark pro-europäisch denkt, während in den Eliten – ganz exemplarisch Václav Klaus in der tschechischen Republik – zum Teil ein starker Euroskeptizismus vorhanden ist. Wenn nun im Zuge des künftigen Umgangs mit der europäischen Krise z.B. das Kerneuropa-Projekt verwirklicht werden sollte und sich die Osteuropäer dabei ausgeschlossen fühlen sollten, könnten interessanterweise die Eliten damit ganz gut leben, aber wahrscheinlich würde die Bevölkerung Druck ausüben, so daß die neuen Mitgliedstaaten doch an dieser Form der Kooperation teilnehmen.



Die Frage des Kerneuropa-Projekts war dann auch das zweite große Thema unserer Arbeitsgruppe, da dieser Ansatz als eine mögliche Lösung aus der Krise präsentiert wurde. Es handelt sich schließlich nicht um ein deutsch-französisches oder vergleichbares Direktorsprojekt einiger großer Mitgliedstaaten, sondern ist konzipiert als ein offenes Zusammenarbeiten einiger Länder, die versuchen, über den bestehenden Integrationsbestand hinauszugehen, insbesondere in problematischen Bereichen, im sozial-ökonomischen beispielsweise durch eine gemeinsame *gouvernance économique*. In der Steuerpolitik wäre es etwa denkbar, Instrumente zu schaffen, die für mehr Wachstum und Beschäftigung sorgen, die aber auf der gesamteuropäischen Ebene im gegenwärtigen Rechtsbestand nicht vorgesehen sind.

Der zweite Bereich, in dem eine Gruppe von Mitgliedstaaten vorangehen könnte, ist die Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik. Ein Kerneuropa in diesen Politikbereichen müßte aber offen sein für alle und nicht etwa angesehen werden als Zusammenschluß einer kleinen Minderheit, die sich sozusagen gegen andere innerhalb der EU konzipiert. Dabei war jedoch klar, daß das Vorhaben von außen nicht so wahrgenommen wird. Die meisten Europäer, insbesondere außerhalb Deutschlands und Frankreichs, verstehen Kerneuropa als ein Ausgrenzungsprojekt von denen, die – aus ihrer Sicht – die Krise größtenteils verschuldet haben. Insofern zeigt sich hier ein großes Kommunikationsproblem und die Arbeitsgruppe war sich insgesamt einig, daß wir deutliche Anstrengungen unternehmen müssen, die Kommunikation innerhalb Europas zu verbessern. Da die politischen Eliten die Tendenz haben, Europa als Sündenbock zu benutzen, kann und darf man diese Aufgabe gerade nicht den Regierungen überlassen, sondern muß den Dialog zwischen den Völkern bzw. Zivilgesellschaften organisieren. Hier sehen wir also einen großen Auftrag, dessen sich verschiedene Akteure annehmen müssen – die politischen Stiftungen gehören dazu, die bereits versuchen, ein Netz aufzubauen, das aber bei weitem nicht ausreicht, weil es sich immer noch eher um Nischen-aktivitäten handelt – und im Bereich der innereuropäischen Kommunikation liegt folglich der hauptsächliche Handlungsbedarf. Auch um neue Konzepte aufgreifen zu können, wie am besten mit den realen Hauptproblemen ökonomischer und sozialer Natur in Europa umzugehen ist.



# Zusammenfassung

**Steffen Reiche, MdB**

Wir müssen werden, was wir sein können. Wir müssen das wollen, als was wir schon längst gesehen werden. Und wir müssen nach dem großen Tempo der letzten fünf Jahrzehnte Schritt halten, denn sonst werden wir überholt bzw. verspielen unsere größten Chancen. Aus einem Projekt der Eliten und der Vernunft muß nun endlich, zu Beginn des neuen Jahrzehnts, ein Projekt der Herzen und der Bürger werden. Die aufwachsende Jugend ist schon eine europäische, aber wir Älteren dürfen dieser europäischen Jugend nicht im Wege stehen. Wir müssen lernen, Europa nicht als ein postnationales, sondern als ein supranationales Projekt zu verstehen. Das Problem, das ich sehe, ist jedoch, daß viele Bürger von der Politik etwas verlangen, wofür sie ihr letztlich die Instrumente verweigern. Sie wollen also von Europa mehr, als sie zu geben bereit sind.

Der europäische Traum ist schon formuliert, er ist strukturiert – und wenn wir ihn träumen, wenn wir ihn umsetzen, dann könnten wir eine wirkliche Macht werden. Dann könnten wir das Ziel, das im Lissabon-Prozeß benannt wurde, nicht 2010, aber vielleicht 2 015 oder 2 020 erreichen. Wir haben uns alle in einer unilateralen Welt eingerichtet, aber in zehn oder spätestens zwanzig Jahren wird dies eine multilaterale Welt sein, in der leading regions – vielleicht die Region der Astronauten, der Kosmonauten und der Taikonauten – entscheidend bestimmen, wo Entwicklung auf dieser Erde hingeht. Ich glaube, daß die Europäer mit ihrem Rechtsmodell, mit ihrer Art Grundrechte umzusetzen, mit ihrem Sozialstaatsmodell anderen Ländern schon jetzt etwas voraushaben. Daß sie Chancen haben, die sie nutzen müssen, auch und vor allem um die demographische Herausforderung meistern zu können, die wir in Teilen Europas jetzt schon erfahren.



Wir haben in Deutschland erlebt, daß ein großer Entwurf, nämlich Weimar, einmal an fehlenden Demokraten gescheitert ist. Europa wird sicher nicht an fehlenden Europäern scheitern, aber es gibt eine reale Gefahr, daß wir zu spät kommen, daß wir unsere Chancen nicht nutzen und daß wir unsere Bürger nicht ausreichend schützen, wir also die Globalisierung nicht gut genug – oder so gut wie wir es könnten – gestalten.

Das europäische Projekt ist im Grunde genommen einzigartig, denn zum ersten Mal in der Geschichte der menschlichen Zivilisation wird die Übernahme von Recht, also die Eingliederung in eine Rechtsordnung, mit Unterstützung und Heranführung an den gemeinsamen Lebensstandard vergütet. Ein Prozeß, der so fortgesetzt werden muß, weil er Vorbildwirkung haben kann für den gesamten Globus. Deshalb ist der Prozeß der Erweiterung nach wie vor unabdingbar, die Gefahr ist nur, daß durch das alternativlose Vorantreiben der Erweiterung die Integration zu kurz kommt. Damit verbunden ist wiederum das Risiko, daß das politische Projekt der Integration zu einer libertären Freihandelszone degeneriert. Das heißt der Prozeß der Verfassung muß fortgeführt werden und wir müssen auch immer wieder in Erinnerung rufen, daß die Verfassung bereits eine Mehrheit hat. Wir sollten aber auch wissen : erst wenn wir an der Scylla des Haushaltes für 2007-2013 vorbei sind,



können wir die Charybdis der Verfassung sinnvoll ansteuern und das Problem der Ablehnung umschiffen.

Jean Monnet hat angeblich einmal gesagt, daß er, wenn er die europäische Einigung ein zweites Mal beginnen dürfte, er mit der Kultur anfangen würde. Ich denke, daß, wenn wir nicht vorankommen, wir auch in Einzelbereichen immer wieder kleinere Schritte machen müssen. Nicht im Sinne eines Kerneuropas, aber wohl im Sinne eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Mit dem Euro-Raum wurde dies bereits umgesetzt, ich glaube aber, daß wir einen Prozeß in der Herzkammer der Souveränität, nämlich in der Frage der Verteidigungspolitik, angehen müssen. Die Verfassung hat dort einen großen Schritt gemacht – gemessen an den Herausforderungen geht er aber immer noch nicht weit genug. Wenn es aber gelingen könnte, die Integration der Armeen einiger Mitgliedstaaten in einer europäischen Armee zu organisieren, würden wir auch eine Reihe von Fragen lösen können. Wir müssen folglich an bestehenden Projekten festhalten, neue denken und beginnen. Und wir sollten nicht von einer Staatsbürgerschaft, sondern von einer Unionsbürgerschaft reden und diese leben.

Ich befürchte allerdings, daß uns nur Katastrophen oder große Erschütterungen weiterbringen werden. Es gibt einige, die wir erleben bzw. die andere erfahren, an denen wir aber über das Fernsehen oder über unsere Hilfe partizipieren : z.B. die globale Erwärmung durch den Klimawandel oder daß der Höhepunkt der Erdölförderung wahrscheinlich bald erreicht ist, die Nachfrage aber weiterhin steigt. Das Problem der internationalen Finanzwirtschaft, das wir in den letzten Monaten und Jahren ganz intensiv erfahren haben, und von zentraler Bedeutung natürlich die wachsende Arbeitslosigkeit, zukünftig insbesondere vielleicht infolge von chinesischen Exporten wie der Textilstreit zuletzt gezeigt hat. Dann die großen Herausforderungen, nicht nur jetzt die Vogelgrippe oder Aids, sondern wenn man sich vorstellt, daß eine längst besiegt geglaubte Krankheit wie TBC in Kasachstan zu neuen Superresistenzen führt und damit auch uns mitten in Europa wieder bedroht. All das sind Herausforderungen, die wir nur meistern können, wenn wir durch bessere europäische Abstimmung, durch europäische Integration dieser Gefahren Herr werden bzw. ihnen entgegensteuern.

Die Frage ist, ob wir genügend Mut und Vernunft haben, Europa einen eigenen, gemeinsamen, besser legitimierten Ort und Raum für demokratische Rechtssetzung zuzugestehen und ob wir uns genügend stoßen an dem Skandal, daß die Europäische Union sich nach wie vor nicht selber beitreten könnte. Die Bürger bekommen nur die Politiker, die sie wählen und die sie verdienen, aber Politik – und das ist die andere Seite der Wahl – kann immer nur so viel Mut haben, wie Bürger bereit sind, mit der Politik Mut zu haben.

Wir stehen immer wieder an der großen Weggabelung, ob wir ein föderales Europa, ein zentralistisches oder kein Europa haben wollen. Und der einzig sinnvolle Weg im 21. Jahrhundert ist ein föderales Europa. Für mein Empfinden war der frühere Kommissionspräsident Jacques Delors einer der großen Europäer, der dieses Europa für die Bürger auch erlebbar vorgelebt hat. Vielleicht könnte auch mal ein Deutscher an dieser Stelle wichtige Verantwortung übernehmen, da es in Deutschland ja wichtige Veränderungen gegeben hat. Und insofern danke auch ich der Friedrich-Ebert-Stiftung, daß sie dieses Forum – gemeinsam mit der Jean-Jaurès-Stiftung – ermöglicht hat, vor allem weil ich immer wieder ganz offen dem anhängen, was der Namensgeber unserer Stiftung in seinem Programm hatte, nämlich die Vereinigten Staaten von Europa. Das ist bleibende Aufgabe und vielleicht trägt es dazu bei, die Herzen so zu erwärmen, daß aus dem Projekt der Eliten ein Projekt der Bürger und der Herzen wird.

## Catherine Trautmann, MdEP (Auszüge)

“Was ist heute ein Europäer?”, lautete die Frage des Forums. Meine erste Antwort: “Ein Subjekt in der Krise”. Mehrere Anhaltspunkte bezeugen dies. Wir befinden uns in einer Gesellschaft, die keine Grenzen mehr kennt und nun auf der Suche nach Grenzen ist. Von der Diskussion über die Grenzen sind zum Beispiel die Lebenswissenschaften und die Biotechnologie betroffen. Doch auch für die Informations- und Kommunikationstechnologien, die ja heute eine unendliche Vervielfältigung der exakten Reproduktion mittels digitaler Verfahren ermöglichen, stellt sich die Frage nach den Grenzen. Die Unendlichkeit der Bilder hat zu einer Wahrnehmungsstörung unserer Erkenntnis von der Dualität der demokratischen Identität geführt, die sich meiner Ansicht nach ebenfalls in einer Krise befindet.

Es sind nämlich zwei sich ergänzende Prozesse mit prägendem Einfluß auf unsere Gesellschaften im Gange: die zunehmende Bedeutung der Zivilgesellschaft und gleichzeitig damit deren Loslösung vom Staat. Dieser kontinuierliche Vorgang der Laizisierung und Säkularisierung in unseren Demokratien hat in den intellektuellen Debatten einen breiten Niederschlag gefunden. Für die einen sind unsere Gesellschaften zu Gesellschaften von Individuen mutiert, von manchen Autoren als “Identitätsgesellschaft” bezeichnet. Die demokratische Identität ist bekanntlich ein paradoxes Konstrukt, das die Zugehörigkeit zur Menschheit – Grundlage der Forderung nach den Menschen- und Grundrechten – mit der Einzigartigkeit der menschlichen Person verbindet, welche die Möglichkeit eröffnet, sich auf verschiedene kollektive Identitäten zu berufen.



Diese Dualität der demokratischen Identität, aufgeteilt zwischen einer spezifischen Identität und einer distinktiven Identität, führt zu einer Ambivalenz des Gleichheitsbegriffs, der Ähnlichkeit und Unterschiedlichkeit zugleich zum Ausdruck bringt und damit suggeriert, daß Gleichheit auch Ungleichheit hervorbringen kann. Genau diese Fragilität – in Verbindung mit der Relativierung der Nation und ihrer Bedeutung sowie der Bezugnahme mancher Menschen auf eine ethnische oder gemeinschaftliche Identität – ist heute auch bezeichnend für die Definition, die wir von uns selbst geben. Man definiert sich selbst anhand seiner sexuellen Vorlieben, seiner Gruppenzugehörigkeit oder auch der Bekräftigung seiner nationalen Zugehörigkeit. Diese Entwicklung steht meiner Ansicht nach im Widerspruch zur Bewußtseinsbildung für eine wahrhaftige Europabürgerschaft. Deshalb meine ich, das negative Abstimmungsergebnis über den Verfassungsvertrag in Frankreich steht in völligem Widerspruch zu unserer Geschichte und unserem Politikverständnis. Wie ist es denn möglich, daß wir erst beigetragen haben zur Definition einer modernen Bürgerschaft, die mithilfe des Rechts auf die Fragestellung über unser Sein, unser Bedürfnis nach Schutz und Anerkennung unserer Würde antwortet, und diese dann mit der Ablehnung eines genau in diese Richtung gehenden Textes derart mit Füßen getreten und von uns gewiesen haben? In Wirklichkeit handelt es sich nicht nur um eine Hinterfragung der europäischen Identität. Wir befinden uns meiner Auffassung nach inmitten einer enormen politischen Konfusion.

Franzosen und Deutsche haben, wie ich meine, Phänomene erlebt, die – nicht zeitlich, aber doch in ihrer Bedeutung – simultan verstanden und analysiert werden müssen. Bei den Franzosen war es der Schock der Präsidentschaftswahl vom 21. April 2002. Dieser Schock hat uns vor Augen geführt, daß ein populistisches Votum ein immenses und gefährliches Gewicht erhalten kann, wenn

der Bürger die Rechte nicht mehr klar von der demokratischen Linken unterscheidet, wenn Assimilation oder gar Konfusion zwischen beiden herrscht. Die Wurzeln dieser politischen Konfusion liegen in der Tatsache, daß auch die Parteien von gegensätzlichen Strömungen durchzogen sind. So gibt es einerseits im rechten Lager eine souveränistische, in der Sozialistischen Partei eine republikanische Strömung, zuweilen vergangenheitsbezogen, zuweilen auch reaktualisiert. Auf der anderen Seite stößt man auf einen Kosmopolitismus in zweierlei Form : einer liberalen, vehementen, radikalen Form, die schwache Staaten und internationale Organisationen propagiert ; und einer sich davon abhebenden reformistischen Form, die die Welt durch eine gemeinsam mit einer neuen europäischen Macht ausgeübte Souveränität und durch gestärkte, mit entsprechender Legitimität ausgestattete internationale Organisationen zu ordnen sucht. Letztere entsprechen unserem Streben nach Entstehung einer Europäischen Bürgerschaft.

Die politischen Parteien sind demzufolge eindeutig mit einem Problem konfrontiert. Man sieht es am Beispiel der Großen Koalition in Deutschland : die Wähler platzieren den Ball in der Mitte und zwingen Parteien, die keine echte Alternative aufweisen, zur Zusammenarbeit, um einen neuen Weg zu bestimmen, der ihnen die Rückkehr zu Zuversicht und Klarheit ermöglicht. In Frankreich haben wir dies mit der "cohabitation" erlebt. Dieser Beinahe-Gleichstand zwischen den Parteien bedeutet jedoch ein großes Risiko, da es inmitten der Konfusion immer schwer fällt, den Horizont zu erkennen. Deutsche und Franzosen haben meiner Auffassung nach eine besondere Verantwortung. Abgesehen von der politischen Konfusion, die ich gerade beschrieben habe, erleben unsere beiden Länder parallel zueinander heute einen wirtschaftlichen und industriellen Wandel, auf den Deutschland, wie ich meine, schneller reagiert als Frankreich ; Folgen dieses Wandels sind neben einer Radikalisierung der politischen Extreme auch eine soziale Depression und eine Infragestellung des Sozialmodells, das wir – vielleicht in unterschiedlicher Art, aber doch mit gleicher Sinnorientierung in unseren beiden Ländern – miteinander gemeinsam haben.

Abschließend möchte ich die Frage stellen, welche Bedeutung wohl der deutsch-französischen Zusammenarbeit zukommt. Die Verständigung zwischen uns ist in meinen Augen paradigmatisch für die von uns angestrebte europäische Einigung. Denn sie ist Ausdruck der Dualität, die im Mittelpunkt der erforderlichen demokratischen Dialektik steht. Für mich bedeutet Harmonie im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich nicht unbedingt, daß Meinungsverschiedenheiten generell verschwiegen werden müssen. Im Gegenteil. Wir müssen miteinander debattieren, unsere Betrachtungsweisen und Erfahrungen gegenüberstellen, unsere politischen Situationen analysieren – denn gerade deshalb, weil wir verschieden sind, sind wir gleichzeitig komplementär.

In den Diskussionen, an denen ich während der Kampagne zum Europa-Referendum beteiligt war, sowohl in Frankreich, als auch in Deutschland, habe ich entdeckt, daß der Begriff "Versöhnung" eine historische Konnotation besitzt und für die jungen Generationen der Vergangenheit angehört. Ich schlage vor, eventuell andere Schritte, vielleicht sogar andere Konzepte ins Auge zu fassen. Es war die Rede von der Aufklärung ; diese charakterisiert sich nach meinem Dafürhalten durch die Übereinstimmung zwischen der philosophischen Reflexion : "Je pense, je suis, je suis un sujet, je suis un sujet citoyen responsable" ("Ich denke, ich bin, ich bin ein Subjekt, ich bin ein Subjekt und verantwortlicher Bürger") und dem Fundament des Verständnisses in Bezug auf das eigene Bürgersein und eine Macht, die nun von der Volkssouveränität ausgeht und somit zur demokratischen Macht wird.

Die Fragen, die unsere Gesellschaften heute beschäftigen, stehen im Zusammenhang mit dem vorhin von mir angesprochenen Wegfall von Grenzen im Bereich der Wissenschaft, aber auch mit dem Wegfall geographischer und politischer Grenzen durch die Erweiterung, die ein verändertes Verhältnis zu Zeit und Raum mit sich bringt. Es bedarf auch einer Antwort auf die Fragmentierung der Gesellschaft, die Versuchung der sozialen Absonderung, die eine Art nationalistischer Rückzug zu kompensieren sucht.

Was ist also zu tun ? Zunächst einmal brauchen wir neue Ideen. Um nach dem negativen Votum der Franzosen zum Verfassungsvertrag wieder den Absprung zu finden, ist eine neue Initiative vonnöten. Frankreich kann dies nicht im Alleingang schaffen. Vielleicht können Franzosen und Deutsche sich das Ziel setzen, es gemeinsam zu machen. Es handelt sich dabei um eine doppelte Herausforderung. In einer Gesellschaft, wo die Güter immer mehr virtueller Natur sind, wo die Finanzwirtschaft die Oberhand gewonnen hat, ist all dem sicherlich ein anderes Wertesystem entgegen zu setzen – und zwar nicht nur politische Werte, sondern insbesondere eine Ökonomie mit mehr Achtung für den Menschen und für nachhaltige Entwicklung. Ich glaube, daß die Sozialisten sich von einer Vision, in der der menschliche Fortschritt durch ein Mehr an Produktion und Wachstum befördert wurde, haben vereinnahmen lassen und die Kultur nicht genügend als Faktor der sozialen Transformation in Betracht gezogen haben.

Wenn Europa als staatenübergreifendes, supranationales Gebilde verstanden werden soll, so ist es zugleich auch ein kulturelles Gebilde. Deshalb glaube ich, daß Franzosen und Deutsche durchaus in der Lage sind, das, was in den gemeinsamen Korb eingebracht wird, adäquat zu bewerten : auf der einen Seite eine republikanische Vision mit dem Territorium als begründendem Faktor des Rechts und der Nationalität, des Bürgerseins ; auf der anderen Seite eine Föderation und ein Sozialmodell, in dem das Verhandeln und das Streben nach Einigung Triebkraft des sozialen Fortschritts und Faktor der Einheit waren. Die Synthese aus unserem republikanischen Rechtsverständnis und der politischen und sozialen Organisation Deutschlands erscheint mir auch heute noch als echte Alternative für Europa.

Es lassen sich, glaube ich, zwei für uns alle gleichermaßen bedeutsame Begriffe nennen, die im Mittelpunkt der Aufklärung standen : Tugend bzw. Courage und Eintracht.

Tugend : "Die europäische Kultur, ein starkes Element" lautete der Titel der Arbeitsgruppe, an der ich teilgenommen habe. Stärke ist etwas, das Bewegung vermittelt, ein Attribut von etwas, das man sich als Motor erwählt. Dabei spielt die eigene Wahl, die Orientierung und der Wille, die man hat, eine Rolle. Der Begriff Tugend kommt im Entwurf des Verfassungsvertrages nicht vor ; ich habe ihn gesucht, aber nicht gefunden. Weil der Begriff aus dem griechisch-römischen Altertum stammt und dann von der Aufklärung übernommen wurde, heißt dies nicht, daß wir ihn heute einfach vergessen könnten.

Eintracht : Eintracht ist das, was auf die Versöhnung zwischen den Völkern folgt. Sie ermöglicht es zu akzeptieren, daß der Nachbar anders ist, Immigrant oder Pole, und doch auf einem Territorium, wo ihm seine Wohnbürgerschaft und seine Europäische Bürgerschaft zuerkannt werden, über die gleichen Rechte verfügt. Hier stoßen wir auf eine neue und problematischere Grenze. Verständigung zwischen Staaten herbeizuführen ist fast leichter als dafür zu sorgen, daß die Menschen sich verstehen. Eintracht ist als Anerkennung einer Form von Gleichheit im Anderssein zu begreifen.

Mein Fazit : Es bestehen sicherlich wirtschaftliche Unterschiede zwischen Franzosen und Deutschen sowie generell zwischen den fünfundzwanzig Mitgliedstaaten der EU. Wir haben jeweils eine andere Geschichte, belastet durch alte Konflikte. So ist die Geschichte Europas nun einmal beschaffen. Aber wir haben auch mindestens zwei gemeinsame Elemente : die Anerkennung gleicher Grundrechte für alle und nicht nur rechtliche, sondern auch faktische Gleichstellung in Bezug auf die Kultur und das Intelligenzpotenzial, das wir darstellen.

Dies gilt es heute noch deutlicher zu bekunden. Ich glaube nicht, daß es sich dabei nur um eine Frage der finanziellen Mittel handelt, wie ich dies hinsichtlich der Ziele von Lissabon tagtäglich höre. In der Informationstechnik stehen wir gegenüber den Vereinigten Staaten im Verhältnis 1:5, gegenüber Japan im Verhältnis 1:7. Ich kann Ihnen eine ganze Reihe weiterer Forschungsbereiche nennen, wo das Verhältnis das Gleiche ist. Europa steht vor einer Entscheidung : der Entscheidung für ein Europa der Intelligenz, der Solidarität, ein Europa, das in der Lage ist, sich gleichzeitig mit vollem Engagement für ein politisches Projekt, ein erneuertes, europäisches Sozialmodell sowie ein demokratisches und politisches Projekt zur Schaffung einer neuen weltweiten Governance einzusetzen.

Wenn wir uns so entscheiden, dann ist nicht nur Geld für die Sicherheit aufzuwenden, sondern auch für Kultur und Forschung. Es ist dies eine politische Entscheidung. Wir verfügen nun nicht über die Mittel zur leichteren Verwirklichung dieser Ziele, wie sie uns der Verfassungsvertrag gegeben hätte. Alles hängt somit von uns ab – aber das macht es noch interessanter.

